



HANSEMERKUR
KRANKEN-
VERSICHERUNG AG
GESCHÄFTSJAHR
2017

www.hansemerkur.de

HMK

HanseMerkur 
Versicherungsgruppe

**HanseMerkur
Krankenversicherung AG**

Jahresabschluss 2017

vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 19. April 2018

Organe

Aufsichtsrat

Fritz Horst Melsheimer
Vorsitzender
Dipl.-Kfm.
Rellingen

Dr. Michael Ollmann
stellv. Vorsitzender
Dipl.-Kfm.
Hamburg

Dr. Karl Hans Arnold
Vorsitzender der Geschäftsführung/
Gesellschafter
Rheinisch-Bergische
Verlagsgesellschaft mbH
Düsseldorf

Thomas Böttcher *
Mitarbeiter Rechnungswesen
Hamburg

Prof. Dr. med. Jörg F. Debatin, MD,
MBA
Chief Technology and Medical Officer
GE Healthcare
Waukesha, USA

Hansjoachim Fruschki
Vorsitzender des Vorstands i.R.
Deutsche Angestellten-Krankenkasse
Berlin

Ulrich May *
Betriebsratsvorsitzender
Hamburg

Dr. Robert Pohlhausen
Vorsitzender des Vorstands i.R.
VGH Versicherungen
Hannover

Hartmut Sierck *
Mitglied des Betriebsrates
Glückstadt

Vorstand

Eberhard Sautter
Vorsitzender
Dipl.-Math.
Hamburg

Eric Bussert
Dipl.-Kfm., Dipl.-Ök.
Hamburg

Holger Ehse
Dipl.-Math., Dipl.-Kfm.
Hamburg

Dr. Andreas Gent
Rechtsanwalt
Hamburg

Raik Mildner
Dipl.-Kfm.
Hamburg

Prokuristen

Antje Bock

Arne Eggers

Angela Garden

Saskia Gartzten

Kolja Görs

Sigrun Golz

Gunnar Grund

Dr. Horst Karaschewski

Gerhard Krebs

Godehard Laufköter

Alexander Oelze

Robert Raeder

Mathias Reeb

Susanne Rieve

Wolfgang Schnur

Doreen Simon

Jürgen Strahl

Folke Tedsen

Heinz-Gerhard Wilkens

Thorsten Wodarz

* von den Arbeitnehmern gemäß § 5 DrittelbG gewählt

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2017 die Geschäftsführung entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in regelmäßigen Sitzungen sowie aufgrund schriftlicher Berichterstattung laufend umfassend von der geschäftlichen Entwicklung und von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung unterrichtet. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats über wesentliche Geschäftsvorfälle laufend unterrichtet. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft wurden in den Sitzungen des Aufsichtsrats eingehend erörtert. Dies schloss insbesondere auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement mit ein.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat umfassend über die Neugeschäftsentwicklung sowie über die Auswirkungen der Kapitalmarktentwicklung auf die Kapitalanlagen bzw. den Kapitalanlagenertrag und über Sicherungsmaßnahmen informiert. Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat zusammen mit dem Vorstand eingehend mit der strategischen und operativen Unternehmensplanung sowie der mittel- und langfristigen Unternehmensentwicklung befasst. Die aktuellen und anstehenden wesentlichen Projekte und Vorhaben hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand berichten lassen und umfassend behandelt. Zudem hat sich der Aufsichtsrat mit der Situation der Gesellschaft nach Solvency II und in diesem Zusammenhang mit dem ORSA-Bericht auseinandergesetzt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Vorstands sowie das vom Vorstand eingerichtete Risikofrüherkennungssystem (§ 91 Abs. 2 AktG) sind vom Abschlussprüfer, der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft worden. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, so dass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers sofort erhalten. Der Abschlussprüfer hat an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Den Bericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat ausführlich erörtert und zustimmend zur Kenntnis genommen. Das abschließende Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat sieht daher keinen Anlass, Einwendungen gegen die Geschäftsführung oder den vorgelegten Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in der heutigen Sitzung gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG sowie den hierzu von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, gemäß § 313 AktG erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt.

Der entsprechende Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers lautet wie folgt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu den verbundenen Unternehmen geprüft und von dem hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen. Bemerkungen sind nicht zu machen.

In der heutigen Aufsichtsratssitzung hat uns der Verantwortliche Aktuar über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat der Verantwortliche Aktuar eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 11a Abs. 3 Nr. 2 Satz 1 VAG abgegeben. Den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars und seine Ausführungen in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat begrüßt grundsätzlich das mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex verfolgte Ziel einer verantwortungsvollen Unternehmensführung und -kontrolle. Da die Konzernobergesellschaft dem Kodex aufgrund ihrer Rechtsform nicht unterliegt und von ihr sämtliche mittelbaren und unmittelbaren Anteile der Gesellschaft gehalten werden, findet der Kodex als solcher keine verpflichtende Anwendung.

Der Aufsichtsrat dankt allen Beteiligten für die erbrachten Leistungen und die erreichten Arbeitsergebnisse im Berichtsjahr 2017.

Hamburg, 19. April 2018

Der Aufsichtsrat



Fritz Horst Melsheimer
Vorsitzende

Lagebericht

Marktumfeld Krankenversicherung

Das Jahr 2017 war aus Sicht der PKV-Branche einerseits geprägt von weiterhin niedrigen Kapitalmarktzinsen, andererseits von der Unsicherheit über die zukünftige gesundheitspolitischen Ausrichtung in Deutschland nach der Bundestagswahl im Herbst.

Mit dem Scheitern der Verhandlungen für eine Jamaika-Koalition zwischen den Parteien CDU/CSU, FDP und Grünen im November war bis Ende des Jahres 2017 unklar, wer Deutschland zukünftig regieren wird. Im Januar 2018 wurden im Rahmen einer möglichen Fortführung der Großen Koalition Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD wieder aufgenommen. In diesem Zusammenhang kam es bereits Ende 2017 erneut zu politischen Debatten und öffentlichen Diskussionen um eine Veränderung des dualen Gesundheitssystems und der Einführung einer Bürgerversicherung.

Mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz erfolgte zum 1. Januar 2017 eine Änderung der Rahmenbedingungen für die gesetzliche Pflegeversicherung. Gegenstand der Reform war u. a. die Änderung von drei Pflegestufen in fünf Pflegegrade, ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und die Anhebung der Leistungsbeträge.

Trotz dieser schwierigen Marktsituation ist die HanseMerkur in der Sparte Krankenversicherung weiter ertrageich gewachsen und kann damit im 16. Jahr in Folge marktüberdurchschnittliche Zuwächse in der Voll- und Zusatzversicherung verzeichnen. Darüber hinaus bleiben die HanseMerkur-Vollversicherungstarife für das Neugeschäft auch im Jahr 2018 beitragsstabil, so dass eine gute Ausgangslage für weiteres Wachstum geschaffen wurde.

Wachstum und Stabilität im Jahr 2017

Die HanseMerkur Krankenversicherung AG konnte im Geschäftsjahr 2017 an das positive Ergebnis des Vorjahres anknüpfen.

Der Bestand wuchs im Geschäftsjahr 2017 um 8,1 % auf 103,5 Mio EUR Monatsollbeitrag (ohne Mitversicherung). Die Beitragseinnahme des selbst abgeschlossenen Geschäfts betrug 1.248,6 Mio EUR und liegt damit um 8,0 % über dem Wert des Vorjahres. Der Überschuss vor erfolgsabhängigen Steuern und Zuführung zur erfolgsabhängigen RfB lag mit 226,8 Mio EUR (Vj. 184,9 Mio EUR) über dem Wert des Rekordjahres 2014. Das Geschäftsjahr ist durch das Neugeschäft in Höhe von 6,5 Mio EUR Monatsollbei-

trägen und 158.822 neuen Tarifversicherten sowie die sehr gute Ergebnissituation insgesamt als positiv zu bewerten.

Die Vertriebsstrategie der HanseMerkur Krankenversicherung AG hat an dem anhaltenden Wachstum des Geschäftsjahres 2017 einen wesentlichen Anteil. Sämtliche Vertriebswege – Ausschließlichkeitsorganisation, Makler und Mehrfachagenten sowie Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Banken und namhaften Unternehmen – leisteten ihren Beitrag zur Neugeschäftsentwicklung.

Zusammensetzung des Überschusses:

in Mio EUR	2017	2016	Veränderung
Gebuchte Bruttobeiträge	1.248,6	1.156,0	92,6
Beiträge aus RfB	118,5	53,0	65,5
Schadenaufwand	-703,7	-675,8	-27,9
Deckungsrückstellung	-458,7	-370,1	-88,6
Versicherungsbetrieb	-171,3	-161,9	-9,4
erfolgsunabhängige RfB	-3,1	-2,4	-0,6
Zwischensumme	30,3	-1,2	31,6
Erträge Kapitalanlagen	230,1	245,2	-15,1
Aufwendungen Kapitalanlagen	-23,7	-58,1	34,4
Nettokapitalergebnis	206,4	187,1	19,3
sonstige Posten	-9,9	-1,0	-8,9
Überschuss	226,8	184,9	41,9

Geschäftsverlauf

Beitragsanpassungen

Zum 1. Januar 2017 hat die HanseMerkur Krankenversicherung AG notwendige Beitragsanpassungen durchgeführt. Anpassungen gab es in der Voll- und Zusatzversicherung sowohl in der Bisex- als auch in der Unisex-Tarifwelt. Für die betroffenen HanseMerkur Unisex-Tarife war es seit ihrer Markteinführung Ende des Jahres 2012 und vier Jahren Beitragsstabilität die erste Beitragsanpassung.

Darüber hinaus waren aufgrund der aktuellen Pflegestärkungsgesetze Anpassungen der Beiträge und Versicherungsbedingungen in der Pflegepflicht- und Pflegezusatzversicherung notwendig.

Zum 1. Januar 2018 hat die HanseMerkur Krankenversicherung AG notwendige Beitragsanpassungen durchgeführt. Moderate Anpassungen waren hauptsächlich in der Bisex-Tarifwelt erforderlich. Die Tarife der Unisex-Tarifwelt blieben bis auf wenige Ausnahmen beitragsstabil.

PKV-Kennzahlen			
	HanseMerkur 2017	PKV 2016	
<u>Sicherheit und Finanzierbarkeit</u>			
A1 Eigenkapitalquote	15,6	14,9	17,2
A2 RfB-Quote	50,9	50,7	42,1
A3 RfB-Zuführungsquote	15,9	13,7	11,2
A4 RfB-Entnahmeanteile - Einmalbeiträge	77,2	57,9	59,2
A5 Überschussverwendungsquote	87,1	87,0	87,3
<u>Erfolg und Leistung</u>			
B1 Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	16,3	14,0	12,1
B2 Schadenquote	69,9	72,0	79,0
B3 Verwaltungskostenquote	2,0	2,1	2,3
B4 Abschlusskostenquote	11,7	11,9	6,6
B5 Nettoverzinsung	4,0	4,0	3,7
<u>Bestand und Bestandsentwicklung</u>			
C1 Versicherte Personen (in Tsd.)	1.491	1.473	33.859
davon - Vollversicherte	249	245	8.773
- Zusatzversicherte	1.242	1.229	25.086
C2 Wachstumsrate (vers. Personen)	1,2	1,5	1,6
C3 Wachstumsrate	8,0	5,3	1,7
C4 Marktanteil	3,2	3,1	

A1 Gesamtes Eigenkapital in Prozent zum verdienten Beitrag. **A2** Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung (BR) zuzüglich poolrelevante RfB in Prozent zum verdienten Beitrag. **A3** Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige BR zuzüglich poolrelevante RfB in Prozent zum verdienten Beitrag. **A4** Anteil der für Einmalbeiträge (dauerhafte Beitragsreduzierungen, Minderung von Beitragsanpassungen, Finanzierung von Leistungserhöhungen) verwandten Mittel aus der Rückstellung für erfolgsabhängige BR. **A5** Die Überschussverwendungsquote zeigt an, in welchem Umfang der wirtschaftliche Gesamterfolg an die Versicherten weitergegeben wird.

B1 Verdienter Beitrag abzüglich Schadenaufwand, Verwaltungskosten und Abschlusskosten in Prozent zum verdienten Beitrag. **B2** Schadenaufwand in Prozent zum verdienten Beitrag. **B3** Verwaltungsaufwendungen in Prozent zum verdienten Beitrag. **B4** Abschlussaufwendungen in Prozent zum verdienten Beitrag. **B5** Kapitalanlageergebnis (Kapitalerträge minus Aufwendungen für Kapitalanlagen) in Prozent zum mittleren Kapitalanlagebestand.

C1 Bestandsgröße insgesamt. **C2** (versicherte Personen) Veränderung der Anzahl der versicherten Personen des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahr zu den versicherten Personen des Vorjahres. **C3** (verdiente Bruttobeiträge) Veränderung der verdienten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahr zu den verdienten Bruttobeiträgen des Vorjahres. **C4** Verdiente Bruttobeiträge zum Gesamtmarkt (PKV Geschäftsbericht)

Bestandsaktionen

Im Juni wurden alle Vollversicherten ab dem 16. Lebensjahr über die Möglichkeit der Organ- und Gewebespende informiert. Der Gesetzgeber sieht vor, dass die GKV- und PKV-Unternehmen ihre Versicherten alle zwei Jahre schriftlich darüber informieren. Die nächste Information der Versicherten wird im Jahr 2019 erfolgen.

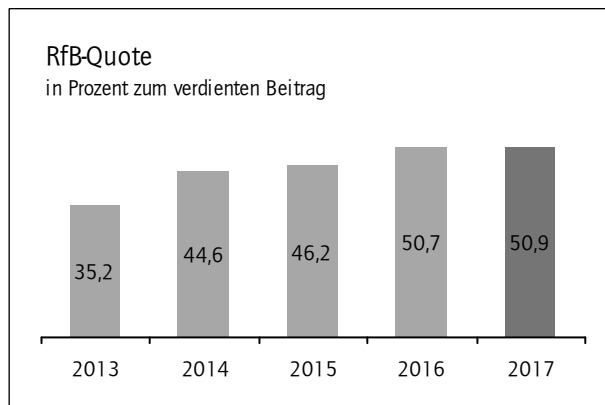
Zum 1. September erfolgte aufgrund der Änderung der durchschnittlichen Pflegekosten eine bedingungsgemäße

Leistungsanpassung in den Pflegezusatztarifen PA, PT, PTA, PTU, plus PA, plus P und plus PU.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Im Jahr 2017 erhielten im Rahmen der Beitragsrückerstattung knapp 96.000 Versicherte gestaffelte Festbeträge zwischen 200 und 500 EUR. Dafür wurden im Geschäftsjahr 34,1 Mio EUR (Vj. 33,6 Mio EUR) aufgewendet. Darüber hinaus wurden insgesamt 122.000 Vorsorge-Schecks mit einem Gesamtwert von 12,7 Mio EUR an 43.000 Versicherte ausgegeben. Bis Ende Januar 2018 sind etwa 19.000 Vorsorge-Schecks im Wert von 1,9 Mio EUR eingelöst worden. Im Rahmen des darüber hinaus bestehenden Programms für Vorsorgeuntersuchungen wurden von etwa 64.000 im Jahr 2017 ausgegebenen Schecks bisher 9.900 eingelöst. Hieraus entstand bisher ein Aufwand von etwa 1,0 Mio EUR.

Zur Begrenzung von Beitragserhöhungen wurden den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung 112,1 Mio EUR (Vj. 46,5 Mio EUR) entnommen und in die Deckungsrückstellung eingestellt. Darin enthalten sind Mittel gemäß § 150 Abs. 4 VAG aus der erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 3,2 Mio EUR (Vj. 6,8 Mio EUR). Die Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus dem Ergebnis nach Steuern fiel im Berichtsjahr mit 179,8 Mio EUR (Vj. 143,3 Mio EUR) deutlich höher aus als im Vorjahr.



Ferner wurden der erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung 19,2 Mio EUR (Vj. 15,1 Mio EUR) für die Pflegepflichtversicherung zugeführt.

Der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden 3,1 Mio EUR (Vj. 2,4 Mio EUR) gemäß § 150 Abs. 4 VAG zugeführt.

Lagebericht

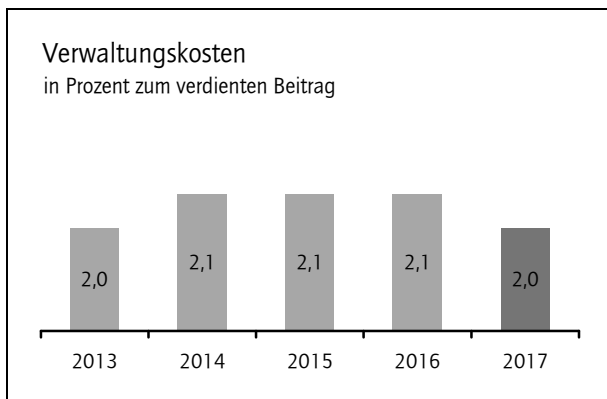
Die Zuführung zur Deckungsrückstellung belief sich insgesamt auf 458,7 Mio EUR (Vj. 370,1 Mio EUR). In diesem Betrag ist eine Zuführung gemäß § 150 Abs. 2 VAG in Höhe von 19,9 Mio EUR (Vj. 13,7 Mio EUR) enthalten.

Zum 1. Januar 2018 wurde für über 12.000 (Vj. 32.000) Versicherte eine Beitragsminderung wirksam. Diese resultierte aus Gutschriften nicht ausgezahlter Beitragsrückstellungen bzw. Zusatzrückstellungen aus Überzinszuschreibungen zur Beitragsentlastung im Alter.

Ertragsentwicklung

Kostenentwicklung

Die Verwaltungskosten lagen mit 25,3 Mio EUR (Vj. 24,0 Mio EUR) über dem Vorjahreswert. Die Verwaltungskostenquote für das Gesamtgeschäft sank auf 2,0 % (Vj. 2,1 %). Die Abschlusskostenquote fiel auf 11,7 % (Vj. 11,9 %). Die Abschlussaufwendungen stiegen auf 146,1 Mio EUR (Vj. 137,9 Mio EUR).



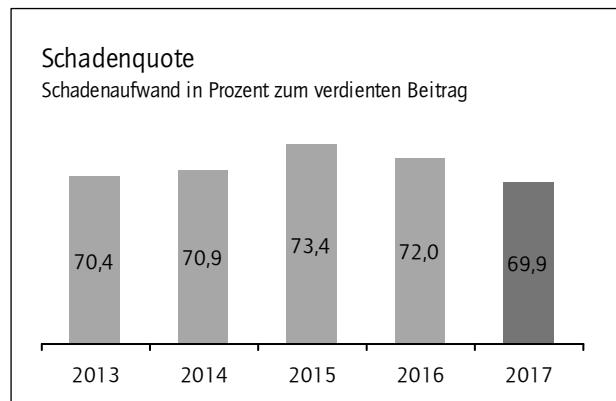
Versicherungsleistungen

Der Schadenaufwand im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen ist von 72,0 % auf 69,9 % gefallen. Diese Schadenquote – voraussichtlich wiederum unter dem Marktschnitt – ist Folge von Selektionsgewinnen aufgrund des weiterhin vorhandenen Bestandswachstums.

Die Anzahl der eingereichten Rechnungsbelege erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6.000 oder 0,2 % auf 3.226.000. Die mittlere Erstattung je Rechnung lag mit 189 EUR auf dem Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr 2017 stiegen die Versicherungsleistungen um 1,9 % auf 635,4 Mio EUR (Vj. 623,8 Mio EUR). Dabei stiegen ambulante Leistungen inklusive Arznei-, Heil- und Hilfsmittel um 6,1 Mio EUR auf insgesamt 251,4 Mio EUR, stationäre

Leistungen stiegen um 5,3 Mio EUR auf 167,8 Mio EUR und zahnärztliche Leistungen fielen um 5,1 Mio. EUR auf 181,8 Mio. EUR.

Für eine ambulante Arztrechnung wurden wie im Vorjahr im Durchschnitt 142 EUR erstattet. Die durchschnittlichen Aufwendungen für Arznei- und Verbandmittelrechnungen betragen 69 EUR (+5 EUR). Für die allgemeinen Krankenhausleistungen (ohne höherwertige Unterbringung und privatärztliche Behandlung) wurden 3.059 EUR (+103 EUR) je Rechnung aufgewendet, für die höherwertige Unterbringung 407 EUR (+15 EUR) und für die privatärztliche Behandlung 351 EUR (-10 EUR). Eine Rechnung für Zahnbehandlung wurde wie im Vorjahr im Durchschnitt mit 95 EUR erstattet, für Zahnersatz waren es 290 EUR (-1 EUR).



Auf der Basis von Krankenvollversicherungen wurden der Endbestand des Jahres 2017 zugrunde gelegt, so wurden im Mittel auf der Basis von Krankenvollversicherungen

1.828 EUR (Vj. 1.796 EUR) pro Person und auf Basis von Zusatzversicherungen 163 EUR (Vj. 169 EUR) pro Person erstattet.

Kapitalanlagen und Vermögenserträge

Die Weltwirtschaft befand sich im Jahr 2017 in einem synchron verlaufenden globalen Aufschwung. Daran partizipierten die Industrie- wie auch die Schwellenländer. Auch die USA trugen zum weltweiten Wachstum wieder spürbar bei. Dabei profitierten insbesondere die USA vom starken und beständigen Wachstum des privaten Verbrauchs. Die Konjunkturdaten der Eurozone waren ebenfalls sehr robust. Der Außenhandel, der Konsum und auch die Investitionen trugen positiv zum Wachstum bei.

Die deutsche Wirtschaft befand sich in 2017 in einem starken Aufschwung und wuchs erheblich schneller als das Produktionspotential. Angetrieben durch eine lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland war die Industrie die treibende Kraft des Aufschwungs. Zahlreiche Stimmungsindikatoren wie der vom ifo Institut erhobene Geschäftsklimaindex oder der GfK – Konsumklimaindex erreichten neue Höchststände und bestätigten damit die hohe Zuversicht der Unternehmen. Der Arbeitsmarkt war erneut in sehr guter Verfassung und belebte den privaten Verbrauch spürbar.

Die Verbraucherpreise stiegen in 2017 stärker als im Vorjahr. Dies war u.a. auf höhere Rohölnotierungen und steigende Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Zunehmende Engpässe am Arbeitsmarkt führten ebenfalls zu steigenden Lohnzuwächsen.

Die freundlichen Konjunkturperspektiven in Verbindung mit einer expansiven Notenbankpolitik im Euroraum führten in 2017 zu einem positiven Kapitalmarktumfeld. Eine untergeordnete oder zumindest zeitlich begrenzte Rolle spielten im Verlauf des Jahres die geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit Nordkorea, die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens oder die andauernden Brexit-Verhandlungen. Auch verunsicherten die Wahlen in Frankreich, den Niederlanden oder in Deutschland nur kurz die Märkte. Im Oktober 2017 beschloss die EZB, das monatliche Volumen ihrer Anleihekäufe (Asset Purchase Programm) von EUR 60 Mrd. auf EUR 30 Mrd. ab Januar 2018 zu reduzieren. Gleichzeitig wurden die Leitzinsen im Berichtszeitraum unverändert belassen.

Steigende Unternehmensgewinne gaben dem europäischen Aktienmarkt in 2017 einen deutlichen Schub. Der DAX beendete das Jahr bei 12.917 Punkten und konnte somit rund 13 % zulegen.

Die 10-jährige Bundesanleihe, welche in Deutschland als Benchmark gilt, schwankte über das Jahr in einem relativ engen Band zwischen 0,16 und 0,50 %. Das Jahreszinstief bei 0,16 % wurde mehrfach im 1. Halbjahr getestet, aber nicht mehr unterschritten. Das Jahreshoch erreichte der Zins im Sommer mit 0,62 %. Zum Jahresende gaben die Zinsen wieder leicht nach und beendeten das Jahr bei 0,43 %.

Der Bestand an Kapitalanlagen stieg im Berichtsjahr um 9,8 % von 4.915,0 Mio EUR auf 5.398,9 Mio EUR. Zum Jahresende betrug der Marktwert 5.947,6 Mio EUR (Vj. 5.444,6 Mio EUR).

Der Marktwert der festverzinslichen Wertpapiere und nicht börsennotierten Nominalwerte betrug zum 31. Dezember 2017 4.671,7 Mio EUR (Vj. 4.294,8 Mio EUR). Bezogen auf den Marktwert aller Kapitalanlagen sind das 78,6 % (Vj. 78,9 %), von denen 60,6 %-Punkte (Vj. 62,7 %-Punkte) direkt und 17,9 %-Punkte (Vj. 16,2 %-Punkte) über Fonds gehalten werden. Die Duration der im Direktbestand gehaltenen Zinstitel betrug 7,4 Jahre (Vj. 9,1 Jahre).

Der Marktwert der direkt und indirekt gehaltenen Aktienpositionen, der zum Vorjahresende 579,1 Mio EUR betrug, belief sich zum Ende des Geschäftsjahres 2017 auf 525,3 Mio EUR und entsprach somit 8,8 % (Vj. 10,6 %) des Marktwertes der Kapitalanlagen, wovon 0,4 %-Punkte (Vj. 0,4 %-Punkte) im Direktbestand gehalten wurden.

Im Kapitalanlagensegment Immobilien hielt die Hanse-Mercur Krankenversicherung AG zum Jahresende eine Quote von 11,1 % (Vj. 9,3 %) auf Marktwertbasis.

Im Bereich Beteiligungen inklusive Private Equity lagen die Marktwerte der Investments zum Bilanzstichtag bei 91,5 Mio EUR (Vj. 65,9 Mio EUR). Dies entspricht einer Quote von 1,5 % (Vj. 1,2 %) des Marktwertes der Kapitalanlagen.

Das Engagement in EU-Staaten mit verminderter Bonität (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) ist, bezogen auf die Marktwerte des direkten und indirekten Kapitalanlagebestandes, von 7,4 % im Vorjahr auf nunmehr 7,3 % gesunken. Den Buchwerten von 385,12 Mio EUR stehen entsprechende Marktwerte in Höhe von 432,72 Mio EUR entgegen.

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen erhöhten sich von 175,9 Mio EUR im Vorjahr auf 201,0 Mio EUR im Geschäftsjahr. Die laufenden Erträge saldiert mit den Verwaltungskosten führten zu einer laufenden Durchschnittsverzinsung von 3,7 % (Vj. 3,6 %).

Die Nettoerträge der Kapitalanlagen, also die Bruttoerträge vermindert um die Aufwendungen für die Kapitalanlagen, beliefen sich auf 206,4 Mio EUR (Vj. 187,1 Mio EUR). Es wurde eine Nettoverzinsung von 4,0 % (Vj. 4,0 %) erzielt.

Zum 31. Dezember 2017 überstiegen die Zeitwerte der Kapitalanlagen die entsprechenden Buchwerte um 548,8 Mio EUR (Vj. 529,6 Mio EUR).

Lagebericht

Ertragslage

Der Überschuss vor erfolgsabhängigen Steuern und Zuführung zur erfolgsabhängigen RfB betrug 226,8 Mio EUR (Vj. 184,9 Mio EUR). Damit besteht die Möglichkeit, die finanziellen Grundlagen des Unternehmens weiter zu stärken und das Eigenkapital aufzustocken. Wesentliche Quellen des Rohüberschusses sind bestimmt vom Verlauf des Risikos, von der Bestandsentwicklung, der Kostenentwicklung und den Ergebnissen der Vermögensanlage.

Verwendung des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsergebnis kommt nach Abzug des erforderlichen Steueraufwands überwiegend den Versicherten insbesondere durch Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zugute. Die Versicherungsnehmer profitieren unmittelbar von Barausschüttungen und von Limitierungen notwendiger Beitragserhöhungen.

Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden 179,8 Mio EUR (Vj. 143,3 Mio EUR) und 19,2 Mio EUR (Vj. 15,1 Mio EUR) gemäß Poolvertrag für die Pflegepflichtversicherung zugeführt. Diese beläuft sich danach auf 635,9 Mio EUR (Vj. 586,3 Mio EUR) und liegt damit über dem Vorjahresniveau.

Aus dem Jahresüberschuss von 33,0 Mio EUR (Vj. 26,0 Mio EUR) wurden der gesetzlichen Rücklage 1,65 Mio EUR (Vj. 1,3 Mio EUR) und den anderen Gewinnrücklagen 0,35 Mio EUR (Vj. 0,7 Mio EUR) zugeführt. Weitere 31,0 Mio EUR (Vj. 24,0 Mio EUR) werden als Bilanzgewinn ausgewiesen.

Das Eigenkapital ohne den zur Ausschüttung vorgesehenen Teil des Bilanzgewinns steigt damit um 2,0 Mio EUR auf 174,5 Mio EUR. Durch Einforderung ausstehender Einlagen im Geschäftsjahr 2017 steigt das Eigenkapital um 20,0 Mio EUR auf insgesamt 194,5 Mio EUR. Die Eigenkapitalquote erhöht sich auf 15,6 %.

Ergänzende Angaben

Breites Leistungsangebot

Das Unternehmen betreibt die wesentlichen Arten der privaten Krankenversicherung. Neben den Krankenvollversicherungstarifen wurde - auch aufgrund unserer Kooperation mit verschiedenen Partnern - ein breites Spektrum an Zusatzversicherungen geschaffen.

Ende Februar erzielte die HanseMerkur beim jährlichen PKV-Rating des map-reports in der Bewertung der Kategorien Bilanz, Service und Vertrag (Beitragsentwicklung) mit einem „sehr gut“ (mm) zum zwölften Mal in Folge ein Spitzenergebnis.

Das Handelsblatt veröffentlichte in der April-Ausgabe ein Rating von Vollversicherungen. Vergeben wurde die Auszeichnung „BESTE PKVTARIFE“. Die HanseMerkur Produkte Start Fit und Be Fit erhielten in den Kategorien Grundschutz und Beihilfetarife jeweils die Bewertung „sehr gut“.

Das Wirtschaftsmagazin Focus Money hat im August aktuelle Pflagegeld-Tarife überprüft. Berücksichtigt wurde dabei auch die neue HanseMerkur Pflegezusatzversicherung Fit Pflege Schutz mit den Bausteinen PGA/PGS. Insgesamt wurde Fit Pflege Schutz mit „sehr gut“ beurteilt. Ein weiterer Test erfolgte vom Deutschen Institut für Service-Qualität (DISQ). Auch hier erhielt die Pflegezusatzversicherung der HanseMerkur mit „sehr gut“ ein exzellentes Qualitätsurteil.

Ein weiteres Rating von Pflegezusatzversicherungen erschien im Oktober mit der Finanztest-Ausgabe 11/2017. Der neue Fit Pflege Schutz der HanseMerkur wurde bei einem Eintrittsalter von 45 Jahren mit dem besten Leistungsniveau Testsieger und erhielt das Qualitätsurteil „sehr gut“. Im Vergleich des 55-jährigen Modellkunden teilt sich das HanseMerkur Produkt den ersten Platz mit 2 weiteren Anbietern. Hier erhielten die Bausteine PGA/PGS das für diese Altersgruppe beste Qualitätsurteil „gut“ - mit dem besten Leistungsniveau unter den Top-Anbietern.

Zum Ende des Jahres untersuchte die Softfair Analyse GmbH in einem PKV-Unternehmensrating 31 private Krankenversicherer auf dem deutschen Markt anhand von 12 Unternehmenskennzahlen in einer Fünfjahresbetrachtung (2012 bis 2016). Bewertungskriterien waren die drei Bereiche Sicherheit für die Zukunft, betriebswirtschaftlicher Erfolg aus Kundensicht und die Bestandsentwicklung. Die HanseMerkur erreichte die Höchstnote „fünf Eulenaugen“.

Im Oktober veröffentlichte die DFSI Ratings GmbH ihr PKV-Qualitätsrating. Die Unternehmensqualität der HanseMerkur wurde insgesamt mit einem „sehr gut“ bewertet. In der Kategorie „Service“ (Beschwerdestatistik, Gesundheits-services) erhielt die HanseMerkur sogar ein „Exzellent“.

Neue Krankenversicherungsprodukte

Im Bereich der Beihilfetarife wurde die Angebotspalette um den preisgünstigen, leistungsstarken Anwärtertarif KB

und den Ergänzungsbaustein KBE erweitert. Für die Tarife gilt eine begrenzte Versicherungsdauer von maximal 48 Monaten. Während dieser 48 Monate besteht eine Beitragsgarantie, d. h. es gibt keine Beitragsanpassungen oder Altersumstufungen in den Tarifen KB und KBE. Nach der Beendigung (Ende der Anwärterzeit, Ablauf der Versicherungsdauer von 48 Monaten bzw. Vollendung des 39. Lebensjahres) erfolgt eine automatische Umstellung in die üblichen Beamtentarife.

Das Produktangebot der Vollversicherung wurde ergänzt um den neuen Tarif EKV. Durch Leistungen wie z. B. die Verbesserung der Zahnstaffel oder die Zahlung eines Betreuungsgeldes im Falle der Krankheit eines Kindes erweitert der Tarif EKV die Leistungen der KVS-Tarife und macht sie somit auch für preisbewusste Angestellte interessant. Die Kombination aus KVS1 und EKV wurde als neues Angestellten-Produkt „Business Fit“ auf den Markt gebracht.

Aufgrund der Neuerungen durch die aktuellen Pflegezeitgesetze wurde das Produktportfolio im Bereich der Pflegezusatzversicherungen überarbeitet. Mit dem neuen Produkt Fit Pflege Schutz bietet die HanseMerkur zwei Tarifstufen für die ambulante (PGA) und stationäre Absicherung (PGS) an. Darüber hinaus lassen sich mit dem Baustein PZG neben umfangreicheren Assistance-Leistungen auch die Beitragsbefreiung ab Pflegegrad 3 absichern. Für junge Interessenten ab Alter 20 Jahre wird alternativ mit der Tarifstufe PGE ein günstiger Einstieg in die Pflegeabsicherung mit festgelegter Leistung und automatischer Umstellung in die Normaltarife ab Alter 50 ermöglicht. Als besonderen Service erhalten Kunden in den neuen Pflegezusatztarifen einen kostenfreien Online-Zugang zum Vorsorge-Assistenten des HanseMerkur Kooperationspartners Deutsche Anwaltshotline GmbH (DAHAG). Über diesen Vorsorge-Assistenten können schnell und einfach Patientenverfügungen, Betreuungsverfügungen und Vorsorgevollmachten erstellt werden.

Betriebliche Krankenversicherung

Die HanseMerkur Krankenversicherung AG ist im Geschäftsfeld der betrieblichen Krankenversicherung auch im Jahr 2017 erneut gewachsen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die HanseMerkur Versicherungsgruppe besteht aus acht Versicherungsunternehmen. An der Spitze steht die HanseMerkur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit. Sie ist Alleinaktionärin der HanseMerkur Holding AG, die wiederum jeweils 100 % der Aktien der übrigen Versicherungsunternehmen hält. Im Einzelnen sind dies die HanseMerkur

Krankenversicherung AG, die HanseMerkur Lebensversicherung AG, die HanseMerkur Allgemeine Versicherung AG, die HanseMerkur Reiseversicherung AG, die HanseMerkur Spezial Krankenversicherung AG, die BD24 Berlin Direkt Versicherung AG und die Advigon Versicherung AG. Im Geschäftsjahr 2017 wurde die HanseMerkur24 Lebensversicherung AG auf die HanseMerkur Lebensversicherung AG verschmolzen.

Darüber hinaus ist die HanseMerkur Holding AG Alleinaktionärin der HVP Hanse Vertriebspartner AG, der HM Trust AG und der HanseMerkur Grundvermögen AG. Hinzu kommen Mehrheitsbeteiligungen an verschiedenen Immobilien-, Service- und Vertriebsgesellschaften, die ebenfalls zum Kreis der verbundenen Unternehmen (§ 18 Abs. 1 AktG) gehören.

Gegen Entgelt werden innerhalb der HanseMerkur Versicherungsgruppe die wesentlichen Verwaltungsaufgaben unter Einbeziehung des Mutterunternehmens durch die HanseMerkur Krankenversicherung AG erbracht. Davon ausgenommen sind wesentliche Teile der Vermögensverwaltung der Versicherungsunternehmen, die auf die HM Trust AG und die HanseMerkur Grundvermögen AG ausgelagert wurden.

In den Organen der verbundenen Unternehmen besteht teilweise Personalunion.

Gemäß § 312 AktG wurde ein Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die aufgeführten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt. Maßnahmen, durch die die Gesellschaft benachteiligt wurde, wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Mitarbeiter

Die HanseMerkur Krankenversicherung AG beschäftigte zum Ende des Geschäftsjahres 2017 insgesamt 1.370 (Vj. 1.307) Mitarbeiter. Davon waren 1.261 (Vj. 1.201) Mitarbeiter im Innendienst der Hauptverwaltung und 59 (Vj. 54) im Außendienst tätig. Darüber hinaus beschäftigte die Gesellschaft 50 (Vj. 52) Auszubildende.

Die Auszubildenden werden überwiegend für kaufmännische Berufe ausgebildet. Die damit verbundene Gewinn-

Lagebericht

nung von Nachwuchskräften nimmt bei der HanseMercur Versicherungsgruppe einen hohen Stellenwert ein. Dies wird auch in Zukunft fortgeführt.

Als Selbstständige im Außendienst (§ 84 HGB) waren insgesamt 762 (Vj. 737) Vermittler für die HanseMercur Versicherungsgruppe tätig.

Für die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 erbrachten Leistungen danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Verbandszugehörigkeit

Die HanseMercur Krankenversicherung AG ist u. a. Mitglied des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln; des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin; des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München; der Wiesbadener Vereinigung, Köln sowie mehrerer Einrichtungen der Versicherungswissenschaft und -wirtschaft, vor allem solcher zur Förderung der Berufsausbildung.

Die HanseMercur Krankenversicherung AG ist über die Mitgliedschaft im PKV-Verband mittelbar Mitglied des Sicherungsfonds für die Krankenversicherer, einer branchenweiten Selbsthilfeeinrichtung für notleidende Versicherungsbestände.

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen

Vorstand und Aufsichtsrat der HanseMercur Krankenversicherung AG haben zum 30. September 2015 infolge des Inkrafttretens des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst am 1. Mai 2015 Zielquoten für den Frauenanteil bis 30. Juni 2017 beschlossen. Danach wurde für die HanseMercur Krankenversicherung AG eine Zielfrauenquote für den Aufsichtsrat in Höhe von 11 %, für den Vorstand in Höhe von 0 % sowie für die erste und zweite Führungsebene in Höhe von 30 % festgelegt.

Für die HanseMercur Krankenversicherung AG ist es ein wichtiges Anliegen, dass Frauen gleichberechtigt gefördert und in Führungspositionen eingesetzt werden. Aufgrund von bestehenden Vertragsverhältnissen und dem kurzfristigen Zeithorizont zur Umsetzung betragen die Frauenquoten zum 30. Juni 2017 für den Aufsichtsrat 0 %, für den Vorstand 0 % sowie für die erste Führungsebene 27,6 % und zweite Führungsebene 32,4%.

Als neue Zielquoten für den Frauenanteil bis zum 30. Juni 2022 wurde für den Aufsichtsrat eine Zielquote von 22 %, für den Vorstand von 0 % und für die erste und zweite Führungsebene von 30 % festgelegt. Die Festlegung der Zielquote für den Vorstand berücksichtigt dabei die aktuelle Altersstruktur des Gremiums sowie die Dauer der derzeitigen Bestellperioden.

Nicht finanzielle Erklärung

Die HanseMercur Krankenversicherung AG ist nach § 341a Abs. 1a Satz 3 HGB i.V.m. § 289b Abs. 2 HGB von der Pflicht zur Erweiterung des Lageberichts um eine nicht-finanzielle Erklärung befreit, da die HanseMercur Krankenversicherung AG, Hamburg, in den Konzernabschluss und -lagebericht der HanseMercur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg, einbezogen wird und ein gesonderter nichtfinanzieller Konzernbericht erstellt wird. Der nichtfinanzielle Konzernbericht wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Risikoberichterstattung

Risikomanagementprozess

Die HanseMercur Versicherungsgruppe bietet ihren Kunden individuelle Produkte zur finanziellen Absicherung für den Schaden- und Vorsorgefall. Die dauerhafte Erfüllbarkeit der künftigen Verpflichtungen den Kunden gegenüber hat höchste Priorität und findet in einem angemessenen Risikomanagement Niederschlag.

Seit 1. Januar 2016 gilt für alle Versicherungsunternehmen das europäische Aufsichtsregime Solvency II. Den Kern von Solvency II bilden risikobasierte Vorschriften zur Kapitalausstattung, die eine dauerhafte Erfüllbarkeit der Versicherungsverpflichtungen sicherstellen sollen. Hierfür müssen die Eigenmittel des Versicherungsunternehmens stets die Solvenzkapitalanforderung, die sich aus dem Risikoprofil der Gesellschaft ergibt, bedecken.

Darüber hinaus umfassen die Vorschriften auch prinzipienbasierte Vorgaben zum Governance-System inklusive des Risikomanagements. Abschließend soll eine potenzielle Bestandsgefährdung der Versicherungsunternehmen durch eine erweiterte Berichterstattungspflicht gegenüber der Aufsicht und der Öffentlichkeit reduziert werden.

Die HanseMercur Versicherungsgruppe und ihre Einzelgesellschaften verfolgen als Versicherungsunternehmen unter Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben den Grundgedanken des Risikoausgleichs im Kollektiv.

tiv. Um dies dauerhaft sicherzustellen, entwickelt sie ihr Risikomanagement stetig weiter. Dabei haben alle Gesellschaften ein Risikomanagementsystem eingerichtet und dokumentiert.

An der Spitze des Risikomanagementsystems steht die aus der Unternehmensstrategie abgeleitete Risikostrategie. Die Risikostrategie bildet die Grundlage des risikoorientierten Handelns innerhalb der HanseMercur Versicherungsgruppe. Sie beschreibt den Umgang mit den sich aus der Unternehmensstrategie ergebenden Risiken sowie die Fähigkeit der Unternehmung, neu hinzukommende Risiken zu tragen. Die eingegangenen Risiken und ihre Verflechtungen stellen das individuelle Risikoprofil dar. Mit Hilfe eines Risikomodells (der Standardformel von Solvency II) wird dieses Risikoprofil bewertet, den anrechenbaren Eigenmitteln gegenübergestellt und so die Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken für den Betrachtungszeitraum nachgewiesen. Zudem wird das aufsichtsrechtliche Modell validiert und in Teilen angepasst, um zu einer eigenen Risikoeinschätzung zu gelangen (Gesamtsolvabilitätsbedarf).

Um die Risikotragfähigkeit laufend zu überwachen, wird ein hierarchisches Limitsystem eingesetzt. Dieses belegt einzelne Risikokategorien bis hin zu Einzelrisiken mit regelmäßig zu überwachenden Grenzwerten. Jedem Risiko sind dabei individuelle Indikatoren zugeordnet, die zudem eine Veränderungstendenz frühzeitig anzeigen. Entwicklungen, welche die Risikotragfähigkeit nachhaltig verändern könnten, werden so umgehend dem Management bekannt und die Risikotragfähigkeit laufend abgesichert. Das Limitsystem wird dabei konsistent bis in die operativen Bereiche fortgeführt.

Im Rahmen des so implementierten Risikomanagementprozesses werden Risiken identifiziert, analysiert und bewertet, intern kommuniziert sowie laufend gesteuert und dokumentiert.

Die Steuerung des Risikoprofils erfolgt über ein Risikokomitee, zu dessen Mitgliedern unter anderem die gesamte Geschäftsleitung der Holding, der Verantwortliche Aktuar und die Inhaber der Compliance-, der Risikocontrolling- und der versicherungsmathematischen Funktion zählen. Dieses Komitee tritt in regelmäßigen Zeitabständen zusammen; es überwacht die Risikolage auf Ebene des Gesamtrisikos.

Die Risikosteuerung auf Ebene des Einzelrisikos liegt in der Verantwortung der Fachbereiche. Die von der Risikosteuerung unabhängige Risikokontrolle/-überwachung wird

durch die Risikocontrollingfunktion wahrgenommen. Über die als wesentlich identifizierten Risiken sowie die fokussierten Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an das Risikokomitee und damit den Gesamtvorstand. Zudem wird die Risikoberichterstattung im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA - Own Risk and Solvency Assessment) auf Gruppenebene und für jedes Versicherungsunternehmen sichergestellt. Die Ergebnisse aus der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung münden jährlich in einem Bericht, dem sogenannten ORSA-Bericht, der vom Vorstand genehmigt und dem Aufsichtsrat sowie der Aufsicht zur Verfügung gestellt wird.

Darüber hinaus sind in 2017 im Rahmen der Berichterstattungspflicht unter Solvency II zwei neue Berichte erstmalig erstellt worden, einerseits an die Aufsicht (RSR - Regular Supervisory Reporting - regelmäßiger aufsichtlicher Bericht) und andererseits an die Öffentlichkeit (SFCR - Solvency and Financial Condition Report - Solvabilitäts- und Finanzbericht) adressiert.

Wichtig für die Funktionsfähigkeit des installierten Risikomanagementsystems ist das Zusammenspiel der Gesamt- und der Einzelrisikoebene bzw. der strategischen und operativen Ebene. Diese Aufgabe nimmt die unabhängige Risikocontrollingfunktion wahr, indem sie die Prozesse auf beiden Ebenen koordiniert und das Ineinandergreifen verantwortet.

Die Interne Revision prüft jährlich die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der HanseMercur Versicherungsgruppe und begleitet dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus prüft die Interne Revision in regelmäßigen Abständen die Angemessenheit und Funktionsfähigkeit der internen Kontrollsysteme sowie Limite und berichtet dem Vorstand hierüber.

Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen sowie der aufsichtsrechtlichen Anforderungen innerhalb der HanseMercur Gruppe.

Anliegen des Risikomanagements ist es zum einen, das Risikoprofil zu analysieren und wesentliche Risiken, die sich nachhaltig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, frühzeitig zu erkennen und ihnen durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Zum anderen trägt eine aktive Risikokommunikation dazu bei, dass ein Risikobewusstsein bei allen Mitarbeitern des Unternehmens gefördert und auf diese Weise Teil der Unternehmenskultur wird.

Lagebericht

Risiken der Kapitalanlage, des Marktes, der Bonität und der Liquidität

Das Primärrisiko bei der Kapitalanlage besteht für ein Personenversicherungsunternehmen darin, dass der für die ausreichende Erfüllung der versicherungstechnischen Verpflichtungen erforderliche Nettokapitalertrag unterschritten wird. Die rechnungsmäßige Verzinsung der Deckungsrückstellung von 4.487 Mio EUR (Vj. 4.028 Mio EUR) kann im Jahr 2017 durch die Nettoverzinsung bedient werden.

Bei den festverzinslichen Wertpapierbeständen und Hypothekendarlehen ist die Kreditbeurteilung von zentraler Bedeutung für das Management der Bonitätsrisiken, wobei eine risikoarme Anlagestrategie stets im Vordergrund steht. Entscheidend ist dabei die Qualität des Emittenten oder der jeweiligen Emission, die sich nach den Anlagegrundsätzen der HanseMercur Krankenversicherung AG vor allem in der Bewertung internationaler Ratingagenturen widerspiegelt.

Alle direkt und über den Spezialfonds HI-HMK-Fonds gehaltene Zinsträger sowie Hypothekendarlehen hatten dabei folgende Ratingverteilung:

Ratingstruktur

(In Mio EUR)	Buchwert	Zeitwert
AAA	1.209,56	1.372,56
AA	868,28	990,56
A	482,87	559,44
BBB	1.016,37	1.088,42
BB - C	285,76	302,31
ohne Rating	86,29	86,42
Insgesamt	3.949,13	4.399,71

Die Ratings basieren grundsätzlich auf externen Bewertungen. Für rd. 5,5 % der dargestellten Bestände (gemessen am Buchwert) liegt kein externes Rating vor. Für diese Bestände wurde intern ein Rating auf Basis eigener Kriterien erstellt.

Bonitätsrisiken im Anlageportefeuille werden auf der Grundlage eines Kontrahentenlimitsystems gemessen und limitiert. Dieses Limitsystem, mit dem die Ausfallrisiken gegenüber einzelnen Emittenten minimiert werden, berücksichtigt eine Vielzahl von Faktoren. Dazu gehören der Credit Default Swap des Emissions-Landes, die Qualität der Besicherung und der jeweiligen Emission, die Branche sowie die intern definierte Risikobereitschaft. Die Emittentenstruktur aller direkt und über Spezialfonds gehaltene Zinsträger sowie Hypothekendarlehen stellt sich wie folgt dar:

Besicherungsstruktur

(In Mio EUR)	Buchwert	Zeitwert
1. öffentliche Anleihen mit umfassender Staatshaftung	1.588,18	1.818,94
2. gesetzliche Deckungsmasse und dingliche Sicherung	1.668,14	1.877,97
3. Einlagen- und Institutssicherung, Gewährträgerhaftung	0,00	0,00
4. Vorrangig unbesicherte Kapitalanlagen	612,19	619,58
5. Nachrangige Kapitalanlagen ohne lfd. Verlustbeteiligung	80,62	83,22
6. Genussrechte, stille Beteiligungen	0,00	0,00
Insgesamt	3.949,13	4.399,71

Die Ratings basieren grundsätzlich auf externen Bewertungen. Für rd. 5,5 % der dargestellten Bestände (gemessen am Buchwert) liegt kein externes Rating vor. Für diese Bestände wurde intern ein Rating auf Basis eigener Kriterien erstellt.

Aufgrund der finanziellen Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft ist ein großer Teil des Portfolios in festverzinslichen Anlagen angelegt. Der Schwerpunkt liegt hier auf deutschen Pfandbriefen, ergänzt um deutsche und europäische Staatsanleihen. Pfandbriefe stellen durch ihre Unterlegung mit werthaltigen Sicherheiten, wie Kommunaldarlehen oder erstrangige Hypothekenkredite, sehr sichere Anlagen dar. Bei den Staatsanleihen wird sich auf die Kernländer der Eurozone konzentriert. Zum Jahresende 2017 lag der Buchwert der Staatsanleihen der PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) bei 7,1 % des Buchwertes der Kapitalanlagen.

Emissionen von Staaten mit verminderter Bonität der EURO-ZONE

(In Mio EUR)	Buchwert	Zeitwert
1. Portugal	104,36	115,54
2. Italien	100,01	100,48
3. Irland	96,30	108,70
4. Griechenland	0,00	0,04
5. Spanien	84,44	107,96
Insgesamt	385,11	432,72

Dem Liquiditätsrisiko der Gesellschaft wird durch den Einsatz einer DV-gestützten Liquiditätsplanung entgegengewirkt, die alle wesentlichen Ein- und Auszahlungsströme sowohl aus der Versicherungstechnik als auch aus dem Kapitalanlagebereich erfasst.

Zur Begrenzung der Markt- und Kreditrisiken erfolgt unternehmensübergreifend für die gesamte HanseMercur Versicherungsgruppe eine fortlaufende Überwachung der

Kumul- und Konzentrationsrisiken. Hierbei wird sowohl auf eine breite Mischung von Anlageklassen als auch auf eine breite Streuung von Emittenten geachtet. Risikokonzentrationen, die sich durch unvermeidbare externe Einflüsse (Fusionen, Übernahmen, etc.) ergeben, werden überwacht und aktiv abgebaut. Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit sind hiermit nicht verbunden.

Eine Asset-Liability-Interaktion macht es möglich, Auswirkungen von Kapitalmarktentwicklungen auf die Versicherungsbilanz und die Solvabilität der Gesellschaft abzuleiten.

Versicherungstechnische Risiken

Die zukünftige Leistungsentwicklung stellt den wesentlichen Teil des Prämien- und Leistungsrisikos dar. Bei der HanseMerkur Krankenversicherung AG wird bei Antragsprüfung eine sorgfältige medizinische Bewertung der zu versichernden Risiken durchgeführt. Die auf diese Weise gewonnene Einschätzung führt gegebenenfalls zur Festlegung hinreichend bemessener Beitragszuschläge.

Im Zusammenhang mit dem Reserverisiko wird auf eine angemessene Festlegung der für die Beitragskalkulation verwendeten Rechnungsgrundlagen geachtet. Dabei werden auch die aktuellen biometrischen Risiken und Kosten berücksichtigt. Auf dieser Grundlage ergeben sich die versicherungstechnischen Rückstellungen in entsprechendem Umfang. Die Rechnungsgrundlagen werden - wie der Gesetzgeber es fordert - regelmäßig überprüft. Soweit erforderlich, werden die Beiträge mit Zustimmung des mathematischen Treuhänders angepasst.

Aufgrund aktueller Urteile (nicht unmittelbar die HanseMerkur betreffend) hat sich das Risiko ergeben, dass eine Beitragsanpassung für unwirksam erklärt werden kann, wenn keine Unabhängigkeit des Treuhänders besteht. Das Urteil ist juristisch umstritten und Gegenstand aktueller Diskussionen. Für die HanseMerkur sehen wir die Unabhängigkeit des Treuhänders als gegeben an.

Der Verantwortliche Aktuar bestätigt jährlich, dass die eingegangenen Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften berechnet und in der Bilanz richtig dargestellt sind. Der Treuhänder für das Sicherungsvermögen der Gesellschaft garantiert mit seiner Bestätigung, dass die Vermögenswerte für die Erfüllung der vorgenannten Verpflichtungen im Sinne des Gesetzes angelegt und aufbewahrt sind.

Politische Risiken

Die Unternehmen der privaten Krankenversicherung sind in besonderer Weise den Änderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen unterworfen, insbesondere die Änderungen in der Sozialgesetzgebung haben häufig unmittelbare Auswirkungen auf den privatwirtschaftlichen Bereich der Gesundheitsvorsorge.

Den damit verbundenen Risiken wird durch Analyse der öffentlichen Diskussionen und darauf aufbauenden Maßnahmenplänen begegnet, insbesondere in der Produktpolitik.

Ausfallrisiken

Die Risiken aus Forderungsausfällen gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens werden als gering eingestuft.

Operationale Risiken

Operationale Risiken beschreiben die Gefahr von Verlusten als Folge von Unzulänglichkeiten oder des Versagens von Menschen, internen Prozessen oder Systemen sowie aufgrund externer Ereignisse.

Da der Großteil der Geschäftsprozesse und Aufgaben in der HanseMerkur Versicherungsgruppe von der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) abhängig ist, bilden die Risiken im IT-Bereich den Schwerpunkt der operativen Risiken.

Die Risiken im IT-Bereich liegen in einem Teil- oder Gesamtausfall der IT- und Kommunikationssysteme bzw. in der Gefährdung der Informationssicherheit. Zum Schutz werden fortlaufend die Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der Hard- und Softwaresysteme sowie zur Informationssicherheit verbessert. Die Maßnahmen betreffen die Gebäude-Infrastruktur und Energieversorgung, die Netzwerke, sämtliche zentralen IT-Komponenten, die Datenhaltung und -sicherung, den Einsatz von Schutzmechanismen für die Informationssicherheit (z.B. Firewalls, Intrusion Detection/Intrusion Protection Systeme, Virens Scanner,...), die Anwendungsentwicklung sowie organisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Informationssicherheit (z.B. Sensibilisierung der Mitarbeiter).

Risikobeurteilung

Der aktuell gültige aktuarielle Unternehmenszins (AUZ) liegt über dem im Neugeschäft verwendeten Rechnungszins.

Lagebericht

Sollte die aktuelle Niedrigzinsphase allerdings weiter anhalten, kann das zu einem Absinken des aktuariellen Unternehmenszinses mit Auswirkungen auf die Tarife führen.

Die Anforderungen an die Kapitalausstattung nach Solvency II werden zum 31.12.2017 erfüllt.

Aus der Risikoanalyse ergeben sich keinerlei Hinweise auf eine Gefährdung des Fortbestandes oder der strategischen Ziele der HanseMerkur Krankenversicherung AG.

Ausblick 2018/Chancen der zukünftigen Entwicklung
Wegen der grundsätzlichen Abhängigkeit von politischen Entscheidungen im Gesundheits- und Pflegesektor wird es für die PKV-Unternehmen immer wichtiger, neben einem breiten Produktangebot auch im Vertrieb alle Potentiale zu nutzen und vielfältig zu agieren. Die HanseMerkur ist mit ihrer Strategie, auf die Pluralität der Vertriebswege zu setzen, gut aufgestellt, wird aber den Online-Vertrieb weiter intensivieren.

Bei den Zusatzversicherungen haben die Zahn- und Pflegezusatzversicherungen weiterhin die größten Wachstumspotentiale. Mit den seit Jahren sehr gut bewerteten Zahnzusatztarifen und dem neuen mehrfach ausgezeichnetem Pflegezusatzprodukt Fit Pflege Schutz hat die HanseMerkur leistungsstarke Produkte, die geeignet sind, den steigenden Bedarf an privater Absicherung zu decken.

Die Digitalisierung im Bereich Gesundheit und Pflege wird auch im Jahr 2018 ein wichtiges Thema für die PKV.

Die Möglichkeiten von E-Health werden den Gesundheitsmarkt verändern und Mehrwerte für Kunden und Versicherer schaffen.

Die Umsetzung des E-Health Gesetzes fordert von den gesetzlichen Krankenversicherungen bestimmte digitale Mindestangebote, unter anderem medizinische Befunde

und Arztbriefe, den Notfallpass, den Impfausweis und eine Medikamentenübersicht elektronisch verwalten zu können. Die PKV arbeitet ebenso an entsprechenden Angeboten, wozu im ersten Schritt eine übersichtliche elektronische Gesundheitsakte als Smartphone-Anwendung gehört.

Über die Rechnungs-App können Krankenversicherte bereits heute schon alle Arztrechnungen, Rezepte und sonstige Belege papierlos an die HanseMerkur senden. Nach erfolgreicher Bearbeitung erhält der Kunde, sofern gewünscht, auch seine Leistungsabrechnung digital über die App. Langfristig soll die Rechnungs-App zu einer Gesundheits-App weiterentwickelt werden. Neben Versicherungs- und Leistungsinformationen gibt es dann die Möglichkeit, weitere Gesundheitsdaten zu hinterlegen.

In Sachen digitale Gesundheitservices verfügt die HanseMerkur ebenfalls über ein umfangreiches Angebot. So haben Kunden mit einer Krankenvoll- oder Beihilfeversicherung seit Anfang 2018 Zugang zum HanseMerkur Online-Arzt. Mehr als 50 Ärzte unterschiedlicher Fachrichtungen, darunter Allgemeinmediziner, Kinder- und Jugendärzte, Kardiologen, Neurologen, Orthopäden, Sportmediziner oder Tropenärzte beantworten via Webcam die medizinischen Fragen unserer Kunden. Auch Kosten für innovative Behandlungsansätze, die es für Menschen mit bestimmten Erkrankungen bereits gibt, werden im Rahmen des versicherten Tarifs übernommen. Hierzu zählen etwa die Tinnitracks-App für Menschen mit chronischem Tinnitus, die CARDIOGO-App für Herzpatienten oder die Caterna-App für Kinder mit bestimmten Sehstörungen.

Insgesamt wird für das Geschäftsjahr 2018 ein gutes Jahresergebnis erwartet dass aber das Niveau von 2017 nicht erreichen wird. Hinsichtlich der Beitragsentwicklung erwarten wir eine moderate Steigerung.

Hamburg, den 28. Februar 2018

Der Vorstand

Sautter

Bussert

Ehses

Dr. Gent

Mildner

Bilanz

31. Dezember 2017

Aktiva		Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4.878.996,00	4.442.393,00
B. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	212.549.598,86		229.682.873,07
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	58.072.160,00		58.072.160,00
3. Beteiligungen	52.382.233,58		42.548.997,96
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.000.000,00		0,00
	331.003.992,44		330.304.031,03
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.950.976.640,08		1.685.102.878,52
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	965.890.378,42		849.974.203,77
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	5.696.787,61		5.701.274,91
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	1.528.800.000,00		1.538.800.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	589.327.767,19		489.555.106,97
	2.118.127.767,19		2.028.355.106,97
5. Andere Kapitalanlagen	27.188.028,40		15.518.951,58
	5.067.879.601,70		4.584.652.415,75
		5.398.883.594,14	4.914.956.446,78
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	7.479.446,15		5.234.483,72
2. Versicherungsvermittler	12.680.892,60		11.317.424,19
davon:			
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 501.640,14 (Vj. 328.953,06)			
	20.160.338,75		16.551.907,91
II. Sonstige Forderungen	18.144.244,92		28.662.590,77
davon:			
an verbundene Unternehmen: 12.655.144,14 (Vj. 15.525.083,21)			
		38.304.583,67	45.214.498,68
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	10.010.610,18		10.048.022,37
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	118.617.273,72		33.276.473,21
III. Andere Vermögensgegenstände	11.333.921,60		1.120.424,60
		139.961.805,50	44.444.920,18
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	73.953.891,57		69.950.270,46
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	3.660.378,88		4.797.754,07
		77.614.270,45	74.748.024,53
Summe Aktiva		5.659.643.249,76	5.083.806.283,17

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Hamburg, 16. Februar 2018

Treuhänder
Dr. Ralf Kohlhepp

Passiva	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
1. Gezeichnetes Kapital	100.000.000,00	100.000.000,00
2. nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	40.000.000,00	59.962.500,00
	60.000.000,00	40.037.500,00
II. Kapitalrücklage	60.000.000,00	60.000.000,00
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	9.850.000,00	8.200.000,00
(Einstellung aus dem Jahresüberschuss: 1.650.000,00 (Vj. 1.300.000,00))		
2. andere Gewinnrücklagen	64.650.000,00	64.300.000,00
(Einstellung aus dem Jahresüberschuss: 350.000,00 (Vj. 700.000,00))		
	74.500.000,00	72.500.000,00
IV. Bilanzgewinn	31.000.000,00	24.000.000,00
	225.500.000,00	196.537.500,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Deckungsrückstellung	4.487.156.341,75	4.028.455.598,12
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	170.638.434,20	161.051.350,96
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
1. erfolgsabhängige	635.893.923,51	586.250.089,53
2. erfolgsunabhängige	5.589.729,85	5.756.633,17
	641.483.653,36	592.006.722,70
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.850.691,59	1.180.075,05
	5.301.129.120,90	4.782.693.746,83
C. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.149.247,00	4.095.277,00
II. Steuerrückstellungen	7.489.200,00	2.138.000,00
III. Sonstige Rückstellungen	16.757.648,53	13.183.860,00
	28.396.095,53	19.417.137,00
D. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber		
1. Versicherungsnehmern	14.412.137,69	12.386.971,60
2. Versicherungsvermittlern	2.802.236,14	2.579.795,51
	17.214.373,83	14.966.767,11
II. Sonstige Verbindlichkeiten	85.546.775,25	66.654.483,17
davon:		
aus Steuern: 1.253.601,01 (Vj. 1.122.838,51)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 78,09 (Vj. 0,00)		
gegenüber verbundenen Unternehmen: 11.363.891,57 (Vj. 6.317.830,32)		
	102.761.149,08	81.621.250,28
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.856.884,25	2.058.649,06
F. Passive latente Steuern	0,00	1.478.000,00
Summe Passiva	5.659.643.249,76	5.083.806.283,17

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung gemäß den Vorschriften des § 156 Abs.2 Nr. 1 VAG berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Hamburg, 12. Februar 2018

Verantwortlicher Aktuar
Robert Raeder

Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.248.628.841,77	1.155.990.466,40
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-16.500,00	-16.500,00
	1.248.612.341,77	1.155.973.966,40
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	118.472.320,60	53.000.167,50
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	22.941.393,81	5.819.856,81
davon aus verbundenen Unternehmen: 8.214.957,15 (Vj. 4.482.856,81)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	178.055.263,51	170.089.424,01
davon aus verbundenen Unternehmen: 3.271.986,40 (Vj. 1.632.931,45)		
c) Erträge aus Zuschreibungen	20.242.223,02	7.735.283,85
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	8.835.673,86	61.554.571,37
	230.074.554,20	245.199.136,04
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	20.317.433,64	21.610.184,74
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	-693.946.868,43	-677.225.989,93
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-9.728.129,78	1.422.625,13
	-703.674.998,21	-675.803.364,80
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	- 458.700.743,63	- 370.124.315,84
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	-670.616,54	184.348,15
	-459.371.360,17	-369.939.967,69
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		
a) erfolgsabhängige	-198.957.787,24	-158.375.083,60
b) erfolgsunabhängige	-3.070.782,78	-2.429.526,36
	-202.028.570,02	-160.804.609,96
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Abschlussaufwendungen	-146.056.412,75	-137.947.915,07
b) Verwaltungsaufwendungen	-25.255.853,66	-23.977.552,35
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	5.940,00	5.940,00
	-171.306.326,41	-161.919.527,42
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-8.090.076,15	-7.151.790,14
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-11.774.948,21	-48.349.002,15
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-3.834.972,30	-2.588.985,19
	-23.699.996,66	-58.089.777,48
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	-8.282.423,76	-5.328.700,71
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	49.112.974,98	43.897.506,62
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	181.031.949,84	165.410.282,95
2. Sonstige Aufwendungen	-182.662.690,41	-167.228.555,56
	-1.630.740,57	-1.818.272,61
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	47.482.234,41	42.079.234,01
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14.085.617,95	-15.612.667,71
5. Sonstige Steuern	-396.616,46	-466.566,30
	-14.482.234,41	-16.079.234,01
6. Jahresüberschuss	33.000.000,00	26.000.000,00
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	-1.650.000,00	-1.300.000,00
b) in andere Gewinnrücklagen	-350.000,00	-700.000,00
	-2.000.000,00	-2.000.000,00
8. Bilanzgewinn	31.000.000,00	24.000.000,00

Hinweis: Aufwendungen sind zusätzlich durch ein Minuszeichen vor dem Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Hier werden EDV-Software und erworbene Nutzungsrechte ausgewiesen. Beide werden mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, bewertet.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen wurden mit den Anschaffungskosten bzw. mit den ihnen beizulegenden niedrigeren Wertansätzen bewertet. Abschreibungen wurden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorgenommen. Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB erfolgten höchstens bis zu den Anschaffungskosten, sofern der Grund für den niedrigeren Wertansatz entfallen ist.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips, soweit die Wertpapiere nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341b Abs. 2 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden, nach dem Wahlrecht gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung zum 31. Dezember 2017 grundsätzlich mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Bei Inhaberschuldverschreibungen wurde nicht unter den Nominalwert abgeschrieben, soweit keine Zweifel an der Bonität des Emittenten bestehen. Soweit Gründe für eine in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibung nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Börsenkurs bis höchstens zum Anschaffungswert vorgenommen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen Namensschuldverschreibungen Schuldscheinforderungen und Darlehen

Der Ausweis der Namensschuldverschreibungen erfolgte jeweils zum Nennwert. Agio- und Disagiobeträge wurden abgegrenzt und entsprechend der jeweiligen Laufzeit der Ausleihungen erfolgswirksam aufgelöst.

Die Hypothekendarlehen und anderen Forderungen wurden hingegen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kumulierten Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag bewertet (§ 341c Abs. 3 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB).

Andere Kapitalanlagen

Die Anteile an Private Equity Gesellschaften werden mit Anschaffungskosten angesetzt, soweit eine Wertminderung nur vorübergehend ist. Abschreibungen werden nur bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Erträge aus Namensgenussrechten werden phasengleich vereinnahmt.

Die im Bestand befindlichen strukturierten Produkte wurden für Zwecke der Bilanzierung nicht zerlegt.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Der Ausweis erfolgte mit dem Nominalbetrag, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Die Pauschalwertberichtigung wurde durch Schätzverfahren ermittelt und aktivisch abgesetzt.

Sonstige Forderungen

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es wurde der Nominalbetrag aktiviert, soweit nicht Wertberichtigungen erforderlich waren.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Der Ausweis erfolgt zum Nominalbetrag.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sachanlagen)

Die Bewertung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Vorräte

Das Vorratsvermögen wird gemäß § 240 Abs. 3 HGB mit einem Festwert angesetzt. Der Festwert ist im Geschäftsjahr neu ermittelt worden.

Andere Vermögensgegenstände

Die anderen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 32,28 %, hierbei wurde für Zwecke der Gewerbesteuer ein Hebesatz von 470 % zugrunde gelegt.

Passiva

Deckungsrückstellung

Die Berechnung erfolgte nach den Technischen Berechnungsgrundlagen unter Beachtung der Vorschriften des § 146 Abs. 1 Nr. 2 VAG in Verbindung mit § 341f HGB.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Berechnung erfolgte im Näherungsverfahren nach § 341g Abs. 3 HGB i. V. m. § 26 RechVersV. Dem Näherungsverfahren liegen Zahlungen für Versicherungsfälle in den ersten 30 Geschäftstagen nach dem Abschlussstichtag zugrunde. Regress- und Erstattungsforderungen nach dem AMNOG wurden gegebenenfalls gekürzt. Die Schadenregulierungskosten für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden auf der Grundlage des Verhältnissatzes von Schadenregulierungsaufwendungen zu Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres zurückgestellt.

Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung wurde gemäß § 151 Abs. 1 VAG i.V.m. § 139 Abs. 1 VAG und des Poolvertrages zur Pflegepflichtversicherung gebildet.

Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung wurde aufgrund der Bestimmungen des § 150 Abs. 4 VAG gebildet.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Stornoreserve wurde in Höhe von 2 % der negativen Anteile der Deckungsrückstellung gebildet. Darüber hinaus wurde eine Stornoreserve für diejenigen Übertragungswerte, die nicht durch vorhandene Deckungsrückstellungen finanziert sind, gebildet.

Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in der HanseMerkur Gruppe

Die Pensionsrückstellungen für arbeitgeberfinanzierte Pensionszusagen sind nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit den nachfolgenden Rechnungsgrundlagen berechnet worden.

Für die Pensionsverpflichtungen arbeitgeberfinanzierter Pensionszusagen wurden die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln, mit einer um 20 %-Punkte verminderten Sterbewahrscheinlichkeit verwendet. Zur Abzinsung der künftigen Leistungen bei der Ermittlung der Rückstellungen wird gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 ff. HGB

ein durchschnittlicher Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren angewendet. Der ausschüttungsgespernte Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB aus der Rückstellungsbewertung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre beträgt 477.898 EUR.

Für die Bewertung zum 31. Dezember 2017 wurde der Marktzinssatz von 3,67 % p. a. (Stand Oktober 2017 mit Hochrechnung auf den 31. Dezember 2017) verwendet. Der Gehaltstrend wurde aus der Gehaltsentwicklung der Vergangenheit abgeleitet und mit 2,75 % p. a. (Vj. 2,75 % p. a.) für Rentenzusagen bzw. mit 2,0 % p. a. für Kapitalzusagen angesetzt. Als Rententrend wurden 2,25 % p. a. (Vj. 2,25 % p. a.) verwendet. Als Pensionierungsalter wurde das vertragliche Endalter zugrunde gelegt. Eine die Bewertung wesentlich beeinflussende Fluktuation wurde bisher nicht beobachtet und wurde deshalb nicht berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen für Pensionszusagen aus Gehaltsumwandlungen wurden aufgrund der bestehenden kongruenten Rückdeckungsversicherungen als wertpapiergebundene Zusagen i. S. v. § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB angesehen und insofern mit deren Zeitwert (einschließlich unwiderruflich zugeteilter Überschussanteile) zum Bilanzstichtag bewertet. Aufgrund der Verpfändung der Rückdeckungsversicherungen an die einzelnen Mitarbeiter wurde die Rückstellung nach § 246 Abs. 2 HGB mit dem Aktivwert in Höhe von 2.437.653 EUR auf Null saldiert.

Die Ermittlung des versicherungsmathematischen Erfüllungsbetrages der Pensionsverpflichtungen aus Gehaltsumwandlung erfolgte analog zu den arbeitgeberfinanzierten Pensionszusagen. Als Anwartschaftstrend wurde 1,75 % p. a. zugrunde gelegt. Für Rentenzusagen haben wir Erhöhungen der laufenden Renten um 1,75 % p. a. in Ansatz gebracht.

Für Pensionszusagen aus Gehaltsumwandlungen wurde auf die Ausübung des Wahlrechts, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, verzichtet.

Steuer- und sonstige Rückstellungen

Die Wertansätze orientieren sich am voraussichtlichen Erfüllungsbetrag.

Rückstellung für Altersteilzeit

Wegen des Abfindungscharakters der Verpflichtungen erfolgt die Bewertung mit dem versicherungsmathematischen Barwert gemäß IDW RS HFA 3 der zum Bilanzstichtag bestehenden Verpflichtungen (Aufstockungsbeträge und Erfüllungsrückstand). Der Rechnungszinssatz beträgt 2,80 % p. a.

Rückstellungen für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums

Die Bewertung erfolgte nach dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 8. Dezember 2008. Der Rechnungszinssatz beträgt abweichend hierzu 4,00 %.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Beträge wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Währungsumrechnung

Soweit relevant, werden Jahresabschlussposten, die auf fremde Währung lauten, zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Vermögensgegenstände/ Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr werden gegebenenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet, ohne das Anschaffungskosten- und Realisationsprinzip zu beachten (§ 256a Satz 2 HGB).

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. und II. im Geschäftsjahr 2017

	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.442.393,00	2.732.538,21
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	229.682.873,07	3.075.874,56
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	58.072.160,00	0,00
3. Beteiligungen	42.548.997,96	22.654.463,47
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Summe B. I.	330.304.031,03	25.730.338,03
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.685.102.878,52	414.242.172,13
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	849.974.203,77	350.713.091,00
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	5.701.274,91	0,00
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	1.538.800.000,00	77.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	489.555.106,97	190.429.652,63
	2.028.355.106,97	267.429.652,63
5. Andere Kapitalanlagen	15.518.951,58	17.759.045,20
Summe B. II.	4.584.652.415,75	1.050.143.960,96
insgesamt	4.919.398.839,78	1.078.606.837,20

Die Abgänge bei den Schuldscheinforderungen und Darlehen betreffen mit 226.992,41 EUR die Amortisation von Agien.
Die Zugänge bei den Schuldscheinforderungen und Darlehen betreffen mit 201.652,63 EUR die Amortisation von Disagien.

Angaben gemäß § 285 Nr. 18 HGB

	Buchwert 31.12.2017	Zeitwert 31.12.2017
II. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	153.670.120,26	153.653.781,08
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.683.725,00	4.393.675,00
5. Andere Kapitalanlagen	11.614.910,15	10.862.000,00
insgesamt	169.968.755,41	168.909.456,08

Für die aufgeführten Kapitalanlagen sind Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB in Höhe von 4.489.811,94 EUR vorgenommen worden.
Es wurden Abschreibungen in Höhe von 1.059.299,43 EUR unterlassen.
Es ist ansonsten davon auszugehen, dass die Unterschreitung der Buchwerte nicht von Dauer sein wird.

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	§ 54 RechVersV 31.12.2017
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
0,00	0,00	0,00	2.295.935,21	4.878.996,00	
0,00	19.308.832,77	0,00	900.316,00	212.549.598,86	277.055.806,47
0,00	0,00	0,00	0,00	58.072.160,00	60.615.742,21
0,00	12.821.227,85	0,00	0,00	52.382.233,58	52.495.751,77
8.000.000,00	0,00	0,00	0,00	8.000.000,00	8.000.000,00
8.000.000,00	32.130.060,62	0,00	900.316,00	331.003.992,44	398.167.300,45
0,00	158.322.928,97	14.484.203,99	4.529.685,59	1.950.976.640,08	1.972.817.937,99
	237.208.254,36	5.758.019,00	3.346.680,99	965.890.378,42	1.078.934.346,75
0,00	4.487,30	0,00	0,00	5.696.787,61	5.696.787,61
0,00	87.000.000,00	0,00	0,00	1.528.800.000,00	1.795.153.002,42
-8.000.000,00	82.656.992,41	0,00	0,00	589.327.767,19	657.877.486,84
-8.000.000,00	169.656.992,41	0,00	0,00	2.118.127.767,19	2.453.030.489,26
0,00	6.089.968,31	0,03	0,10	27.188.028,40	38.993.948,70
-8.000.000,00	571.282.631,35	20.242.223,02	7.876.366,68	5.067.879.601,70	5.549.473.510,31
0,00	603.412.691,97	20.242.223,02	11.072.617,89	5.403.762.590,14	5.947.640.810,76

Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Buchwert 31.12.2017	Zeitwert 31.12.2017
Wertpapiersondervermögen Anlageschwerpunkt: Renten		
- HI-HMK-Fonds	1.139.285.114,10	1.139.285.114,10
- HanseMerkur Strategie ausgewogen	24.143.618,31	24.680.618,20
- HanseMerkur Strategie sicherheitsbewusst	21.611.287,97	21.623.652,00
- HMT Global Absolute Return Balanced	9.684.016,94	9.683.777,20
- HMT Corporates RiskControl	22.030.409,11	22.372.538,40
- HMT Euro Absolute Return OptoInvest	9.888.917,31	9.888.623,80
- HMT Euro Absolute Return Saisonalitaeten	9.805.969,92	9.805.591,40
- ART Global Fixed Income UI AK I	30.625.945,44	30.625.770,48
- ART Top 50 Convertibles UI AK I	29.712.198,08	29.712.000,00
Wertpapiersondervermögen Anlageschwerpunkt: Aktien		
- HanseMerkur Strategie chancenreich	25.498.223,88	26.552.287,90
- HMT Euro Aktien Solvency	25.803.319,57	25.802.346,40
- HMT Global Antizyklus	72.069.277,97	82.279.986,54
- Art Alpha Opportunities UI AK I	19.099.400,00	19.228.000,00
- Art Alpha Opportunities UI AK R	1.000.200,00	1.005.600,00
- HMT Global Aktien Infrastruktur AK I	8.796.838,92	8.796.595,20
- HMT Global Aktien Infrastruktur AK R	972.984,32	972.741,60
- HMT Euro Aktien defensiv AK R	1.000.200,00	1.003.600,00
- HMT Euro Aktien defensiv AK I	9.000.200,00	9.077.400,00
- ART CapaMi UI	10.000.000,00	10.048.000,00
- HMT Global Multi Strategie	9.941.198,82	9.941.000,00
- HMT Global Diversified Alpha	10.000.200,00	10.009.386,80
- Seilern Global Trust	10.106.660,00	10.280.497,50
Immobilienondervermögen		
- Patrizia HanseMerkur Invest	42.623.779,10	44.824.844,72
- Quantum Prime Retail Deutschland	18.666.657,69	18.946.549,08
- HanseMerkur Grundwerte Deutschland	313.634.957,54	319.586.799,76

An den genannten Sondervermögen hält die Gesellschaft mindestens 10 % der ausgegebenen Investmentanteile. Die angegebenen Investmentvermögen weisen Reserven in Höhe von 21.034.797,36 EUR und stille Lasten in Höhe von 3.141,27 EUR aus. Im Geschäftsjahr wurden Ausschüttungen aus den Sondervermögen Renten in Höhe von 31.834.855,13 EUR, aus den Sondervermögen Aktien in Höhe von 1.504.077,59 EUR und aus den Immobilienondervermögen in Höhe von 14.463.042,38 EUR erfolgswirksam vereinnahmt. Die Anteile an Wertpapiersondervermögen können täglich an die das Sondervermögen verwaltende Kapitalanlagegesellschaft zurückgegeben werden. Für Anteile an Immobilienondervermögen ist eine Rückgabe im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der verfügbaren Liquidität (§§ 253 ff. KAGB) möglich.

Anhang

Erläuterung zur Bilanz

Aktiva

B. Kapitalanlagen

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 4.152,5 Mio EUR (Vj. 3.590,1 Mio EUR). Darin sind per saldo Bewertungsreserven in Höhe von 282,4 Mio EUR (Vj. 213,9 Mio EUR) enthalten.

Die Ermittlung der Zeitwerte der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen erfolgte überwiegend nach dem Ertragswertverfahren. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden mit den Börsenkursen am Abschlussstichtag bewertet. Für in den Anderen Kapitalanlagen enthaltene Beteiligungen gelten die net asset values als Zeitwert. Der Zeitwert nicht börsennotierter festverzinslicher Kapitalanlagen mit fester Laufzeit wurde mittels Discounted-Cashflow unter Berücksichtigung risiko- adäquater Zinsstrukturkurven zzgl. Spreadaufschlag ermittelt. Die verwendeten Spreads wurden anhand von Vergleichspa- pieren gleicher Bonität, Region und Sicherheitenstruktur ermittelt. Die Darlehen an Immobilienprojektgesellschaften wur- den zu Anschaffungskosten bewertet. Aufgrund der kurzen Laufzeit und mangelnder Fungibilität wird kein Zeitwert ermit- telt. Abschreibungen werden nur bei verminderter Bonität des jeweiligen Darlehensnehmers vorgenommen.

Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aus die- ser Bewertung ergaben sich Abschreibungen in Höhe von 403.326,14 EUR und Zuschreibungen in Höhe von 1.442.576,45 EUR. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341 b HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei diesen Wertpapieren, deren Buch- wert 5.235.092.486,73 EUR (Vj 4.680.711.867,02 EUR) beträgt, wurden Abschreibungen in Höhe von 8.373.356,54 EUR sowie Zuschreibungen in Höhe von 18.799.646,57 EUR vorgenommen. Von den genannten Wertpapieren entfällt ein Buchwert in Höhe von 1.885.272.838,75 EUR auf Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und ein Buchwert in Höhe von 867.803.072,34 EUR auf Inhaberschuldverschreibungen.

Die Aktien wurden mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für Anteile und Aktien an Investmentvermögen wurden grundsätzlich die Rücknahmewerte als Zeitwerte angesetzt. Durch den Verzicht auf die Bewertung zum niedrigeren Marktkurs gemäß Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB sind bei Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren Abschreibungen in Höhe von 16.537,21 EUR, bei Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 290.050,00 EUR und bei den unter Andere Kapitalanlagen ausgewiesenen Be- teiligungsgesellschaften in Höhe von 752.910,15 EUR unterblieben. Der Verzicht auf die Abschreibungen hat keine Aus- wirkungen auf die Liquiditätslage.

B. I. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Gesellschaft	Anteil am Kapital 31.12.2017 in %	Eigenkapital 31.12.2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR
Erste HMK Immobilien GmbH & Co. KG, Hamburg	94,9	76.310.000,00	930.566,54
Zweite HMK Immobilien GmbH & Co. KG, Hamburg	94,9	18.610.540,64	731.810,79
Erste HML Immobilien GmbH & Co. KG, Hamburg	89,8	37.526.028,88	-144.446,26
Zweite HML Immobilien GmbH & Co. KG, Hamburg	94,9	104.000,00	3.772.918,96
Competo Development Fonds No. 2 (HanseMerkur) GmbH & Co. KG, Hamburg	60,0	17.386.159,09	-92.278,83
Competo Bestandsfonds Plus No. 2 (HanseMerkur) GmbH, Hamburg Offene Einzahlungsverpflichtungen gemäß §§ 230 ff. HGB: 22.751.413,29 EUR	66,7	82.544.968,60	26.710.000,00
Hamimmo GmbH, Hamburg	85,97	352.581,09	-677.310,61
Hamimmo Boliginvest GmbH, Hamburg	85,97	1.246.437,34	-842.958,98
Hamimmo Milchbaum GmbH, Hamburg (vormals: Hamimmo Hudtwalckerstraße GmbH, Hamburg)	85,97	-8.652,33	-291.979,66

B. I. 3. Beteiligungen

Gesellschaft	Anteil am Kapital 31.12.2017 in %	Eigenkapital 31.12.2017 EUR	Ergebnis 2017 EUR
CAERUS Real Estate Debt Lux. S.C.A. SICAV-SIF - Fund I, Sennigerberg (Luxemburg) Offene Einzahlungsverpflichtung: EUR 2.860.445,71	20,0	126.640.243,00*	10.074.566,00*
CAERUS Real Estate Debt Lux. S.C.A. SICAV-SIF - Fund V Archimedes, Sennigerberg (Luxemburg) Offene Einzahlungsverpflichtung: EUR 14.816.091,84	31,01	43.982.065,00*	1.311.730,00*
Bertha Berlin GmbH & Co. KG, Hamburg	47,45	-7.824.137,87**	-3.962.442,93**

* Jahresabschluss zum 30.09.2017

** Jahresabschluss zum 31.12.2016

Auf die Angaben zu weiteren Beteiligungen wurde gemäß § 286 Abs. 3 Nr.1 HGB verzichtet.

B. II. Sonstige Kapitalanlagen

Angaben zu den Vorkäufen und strukturierten Produkten	Geschäftsjahr in T EUR	Vorjahr in T EUR
Vorkäufe		
Bestand per 31.12.	443.200	310.500
eingegangene Vorkäufe	151.700	235.000
abvalutierte Vorkäufe	19.000	110.000
kündbare Anleihen		
Bestand per 31.12.*	647.476	620.061
erworbene Anleihen	69.300	111.061
verkauftes Volumen	0	31.091
gekündigtes Volumen	40.000	15.000
nicht gekündigtes Volumen	0	0
Anleihen mit optionalen Andienungen		
Bestand per 31.12.	80.000	100.000
potenzielles Andienungsvolumen per 31.12.	247.000	284.000
Spread-Floor-Anleihen		
Bestand per 31.12.	65.000	65.000
erworbene Anleihen	0	0

*davon Perpetual 30.000 T EUR (Vorjahr 30.000 T EUR)

Die Gesamthöhe der zum 31. Dezember 2017 insgesamt offenen Abnahmeverpflichtungen aus Namensschuldverschreibungen beträgt 247.000 T EUR.

Die Bewertungsreserven der Vorkäufe betragen zum 31.12.2017 54.601 T EUR. Diese werden ermittelt durch die Differenz zwischen dem Marktkurs des Underlyings am Bilanzstichtag und dem vereinbarten, zukünftigen Kaufkurs gemäß jeweiligem Vertrag multipliziert mit dem Nominalwert. Bei vier Vorkäufen lag der Marktwert des Underlyings unter dem Wert des Termingeschäftes. Auf Grund dessen wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 2.998 T EUR gebildet.

B. II. 5. Andere Kapitalanlagen

Unter den anderen Kapitalanlagen werden Private Equity Gesellschaften mit einem Buchwert in Höhe von 27.188.028,40 EUR ausgewiesen (Vj. 15.518.951,58 EUR).

Die HanseMerkur Krankenversicherung AG ist zum 31. Dezember 2017 an insgesamt 16 (Vj. 16) Gesellschaften unterschiedlicher Rechtsformen beteiligt.

Einzahlungsverpflichtungen bestehen in Höhe von 20.450.907,46 EUR (Vj. 23.095.364,85 EUR).

Anhang

Erläuterung zur Bilanz

E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Das Agio aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und Nennbetrag gemäß § 341c Abs. 2 HGB beträgt 3.605.979,47 EUR (Vj. 4.605.672,50 EUR).

Aktive latente Steuern

Zum 31. Dezember 2017 errechnen sich saldiert künftige Steuerentlastungen, die aus abweichenden Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz resultieren. Dies betrifft im Wesentlichen die Kapitalanlagen, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie bei den sonstigen Rückstellungen.

Grundlage der Ermittlung der latenten Steuern sind aktivische Abweichungen in Höhe von 29.122.308,03 EUR (Vj. 17.173.952,64 EUR, Veränderung im Geschäftsjahr +11.948.355,39 EUR), die mit passivischen Abweichungen in Höhe von 23.878.139,98 EUR (Vj. 21.487.471,50 EUR, Veränderung im Geschäftsjahr +2.390.668,48 EUR) verrechnet, einen Gesamtsaldo der Abweichung von 5.244.168,05 EUR (Vj. -4.313.518,86 EUR) ergeben.

Im Rahmen der Steuerabgrenzung wurden passive latente Steuern von 7.676.179,49 EUR (Vj. 6.936.155,80 EUR, Veränderung im Geschäftsjahr +740.023,69 EUR) mit aktiven latenten Steuern von 8.658.518,30 EUR (Vj. 5.457.758,36 EUR, Veränderung im Geschäftsjahr +3.200.759,94 EUR) verrechnet.

Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz eines Aktivüberhangs latenter Steuern zu verzichten (§ 274 Abs. 1 Satz 2 HGB), erfolgt kein Ausweis in der Bilanz.

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital		
Das gezeichnete Kapital in Höhe von 100.000.000 EUR ist in 100.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. 20.050.000 Aktien sind voll eingezahlt, die restlichen 79.950.000 zu 49,97 %.		
Alleinaktionärin ist die HanseMerkur Holding AG, Hamburg. Sämtliche Anteile an der HanseMerkur Holding AG werden von der HanseMerkur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg, gehalten.		
A. III. Gewinnrücklagen	Die Einstellung in die gesetzliche Rücklage erfolgte gemäß § 150 Abs. 2 AktG. Die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen erfolgte aus dem Jahresüberschuss und steht im Einklang mit § 58 Abs. 2 AktG.	
B. I. Deckungsrückstellung	Die Deckungsrückstellung enthält 4.264.376,00 EUR (Vj. 4.074.336,64 EUR), die auf die Übertragungswerte (§ 146 Abs. 1 Nr. 5 VAG) gekündigter Versicherungsverträge entfallen.	
B. II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde um Regressforderungen in Höhe von 255.632,63 EUR (Vj. 114.586,09 EUR) gemindert.	
B. III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
1. erfolgsabhängige		
Stand am 1.1.		
Erfolgsabhängige RfB aus dem Ergebnis	530.284.070,98	466.750.859,29
Poolrelevante RfB aus der PPV	<u>55.966.018,55</u>	<u>40.863.789,67</u>
	586.250.089,53	507.614.648,96
Entnahme zur Verrechnung		
Erfolgsabhängige RfB aus dem Ergebnis	88.127.273,60	46.178.991,36
Poolrelevante RfB aus der PPV	<u>27.107.360,90</u>	<u>0,00</u>
	115.234.634,50	46.178.991,36
Entnahme Barausschüttung		
Erfolgsabhängige RfB aus dem Ergebnis	34.079.318,76	33.560.651,67
Zuführung		
Erfolgsabhängige RfB aus dem Ergebnis	179.762.657,98	143.272.854,72
Poolrelevante RfB aus der PPV	<u>19.195.129,26</u>	<u>15.102.228,88</u>
	198.957.787,24	158.375.083,60
Stand am 31.12.		
Erfolgsabhängige RfB aus dem Ergebnis	587.840.136,60	530.284.070,98
Poolrelevante RfB aus der PPV	<u>48.053.786,91</u>	<u>55.966.018,55</u>
Stand am 31.12.	635.893.923,51	586.250.089,53
2. erfolgsunabhängige		
Stand am 1.1.		
Poolrelevante RfB aus der PPV	0,00	0,00
Betrag gemäß § 150 Abs. 4 VAG	<u>5.756.633,17</u>	<u>10.148.282,95</u>
	5.756.633,17	10.148.282,95
Entnahme zur Verrechnung		
Poolrelevante RfB aus der PPV	0,00	0,00
Betrag gemäß § 150 Abs. 4 VAG	<u>3.237.686,10</u>	<u>6.821.176,14</u>
	3.237.686,10	6.821.176,14
Zuführung		
Betrag gemäß § 150 Abs. 4 VAG	3.070.782,78	2.429.526,36
Stand am 31.12.		
Poolrelevante RfB aus der PPV	0,00	0,00
Betrag gemäß § 150 Abs. 4 VAG	<u>5.589.729,85</u>	<u>5.756.633,17</u>
Stand am 31.12.	5.589.729,85	5.756.633,17

Es ist vorgesehen, im Jahr 2018 Mittel aus der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung und der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung zur Begrenzung von notwendigen Beitragsanpassungen und für Barausschüttungen an leistungsfreie Versicherte zu verwenden.

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

C. I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Zum Jahresende 2017 ergibt sich für arbeitgeberfinanzierte Pensionsrückstellungen ein Erfüllungsbetrag von 4.194.718,00 EUR (Vj. 4.139.695,00 EUR). Für einen Teil der Versorgungsanwartschaften besteht ein Deckungsvermögen i. S. des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Höhe von 45.472,00 EUR (Vj. von 44.418,00 EUR).

Der Erfüllungsbetrag aus der Pensionsverpflichtung aus der Gehaltsumwandlung betrug 2.437.653,00 EUR (Vj. 2.425.505,00 EUR) und wurde mit dem Aktivwert in Höhe von 2.437.653,00 EUR (Vj. 2.425.505,00 EUR) der Rückdeckungsversicherung in voller Höhe saldiert.

C. III. Andere Rückstellungen - sonstige

	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
Tantiemen und Bonifikationen	6.646.947,00	6.454.500,00
Drohverlustrückstellung für Vorkäufe	2.998.265,53	0,00
Abfindungen und Gehälter	2.915.000,00	2.450.000,00
Verpflichtungen aus Urlaub und Zeitguthaben	2.052.380,00	2.379.000,00
Lieferantenrechnungen	759.359,00	77.000,00
Sozialleistungen	730.585,00	722.000,00
Aufsichtsratsvergütungen	249.900,00	249.900,00
Jahresabschlusskosten	231.000,00	231.000,00
Sonstige Verwaltungskosten	134.000,00	120.400,00
Altersteilzeitverpflichtungen	40.212,00	102.060,00
Zinsen aus Steuerverpflichtungen	0,00	398.000,00
	<u>16.757.648,53</u>	<u>13.183.860,00</u>

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Das Disagio aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und Nennbetrag gemäß § 341c Abs. 2 HGB beträgt 1.856.884,25 EUR (Vj. 2.058.649,06 EUR).

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Einzelversicherungen	1.238.171.541,87	1.146.163.547,16
Gruppenversicherungen	10.457.299,90	9.826.919,24
	1.248.628.841,77	1.155.990.466,40
Krankheitskostenvollversicherungen	799.044.498,04	733.299.674,24
Krankentagegeldversicherungen	51.826.134,22	50.092.379,72
Krankenhaustagegeldversicherungen	14.873.687,50	15.757.337,11
Krankheitskostenteilversicherungen	276.032.302,56	266.566.596,89
Pflegepflichtversicherung	89.416.964,79	76.358.305,28
ergänzende Pflegezusatzversicherung	12.551.100,68	9.297.617,79
geförderte Pflegevorsorgeversicherung	4.884.153,98	4.618.555,37
	1.248.628.841,77	1.155.990.466,40

Im Geschäftsjahr ist ein Beitragszuschlag nach § 149 VAG in Höhe von 52.714.625,94 EUR (Vj. 49.307.673,53 EUR) enthalten.

I. 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Einzelversicherungen	118.080.388,33	52.911.528,76
Gruppenversicherungen	391.932,27	88.638,74
	118.472.320,60	53.000.167,50
1. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Krankheitskostenvollversicherungen	71.525.710,86	45.997.604,91
Krankentagegeldversicherungen	0,00	0,00
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	0,00	0,00
Krankheitskostenteilversicherungen	961.750,74	181.386,45
ergänzende Pflegezusatzversicherung	260.302,21	0,00
geförderte Pflegevorsorgeversicherung	1.056.615,73	0,00
Pflegepflichtversicherung	41.430.254,96	0,00
	115.234.634,50	46.178.991,36
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	3.237.686,10	6.821.176,14

I. 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Enthalten sind 20.102.314,33 EUR (Vj. 21.382.512,18 EUR) aus dem Zugang von Übertragungswerten aufgrund des Wechsels von Versicherungsnehmern von einem anderen Unternehmen der privaten Krankenversicherung (§ 204 VVG).

I. 5. b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Aus der Abwicklung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle resultierte ein Gewinn von 7.811.678,08 EUR (Vj. 7.845.440,88 EUR).

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 6. a) Veränderung der Deckungsrückstellung

	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
gemäß § 150 Abs. 2 VAG	-19.891.372,62	-13.685.659,73
gemäß § 150 Abs. 4 VAG	-3.237.686,10	-6.821.176,14
Andere	-435.571.684,91	-349.617.479,97
	-458.700.743,63	-370.124.315,84

Der Gesamtbetrag gemäß § 150 VAG beträgt im Geschäftsjahr 22.962.155,40 EUR (Vj. 16.115.186,09 EUR).

I. 9. b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Von den Abschreibungen auf Kapitalanlagen entfallen 8.373.356,54 EUR (Vj. 47.659.188,14 EUR) auf § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB.

I. 10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Dieser Posten enthält ausschließlich Aufwendungen aus der Mitgabe von Übertragungswerten im Zusammenhang mit dem Wechsel von Versicherungsnehmern zu anderen Unternehmen der privaten Krankenversicherung.

Rückversicherungssaldo	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
	10.560,00	10.560,00

-
- II. 1. Sonstige Erträge**
Die sonstigen Erträge betreffen mit 2.847,48 EUR (Vj 2.697,59 EUR) Erträge aus der Währungsumrechnung.
-
- II. 2. Sonstige Aufwendungen**
Die sonstigen Aufwendungen betreffen mit 3.422,58 EUR (Vj 6.161,56 EUR) Aufwendungen aus der Währungsumrechnung.
- Die Zinsaufwendungen von 97.263,00 (Vj. 94.362,00 EUR) und der Ertrag aus der Auflösung der Pensionsrückstellungen von 85.115,00 EUR (Vj. 38.540,00 EUR Aufwand aus Zuführung zur Pensionsrückstellung) wurden mit dem korrespondierenden Zinsertrag und dem Ertrag aus der Erhöhung des Aktivwerts der Rückdeckungsversicherung von 12.148,00 EUR (Vj. 132.902,00 EUR) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.
- Weitere Zinsaufwendungen resultieren mit 2.297,00 EUR (Vorjahr 7.524,00 EUR) aus Altersteilzeit- und mit 18.252,00 (Vorjahr 18.106,00 EUR) aus Jubiläumsverpflichtungen.
-
- II. 6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**
Dieser Posten enthält Erträge aus der Veränderung der latenten Steuern in Höhe von 1.478.000,00 EUR (Vj. Aufwand 1.002.000,00 EUR).
- Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfällt mit 15.984.521,55 EUR (Vj. 13.971.699,78 EUR) auf das Geschäftsjahr und mit einem Ertrag von 420.903,60 EUR (Vj. Aufwand 638.967,93 EUR) auf Vorjahre.
-

Zahl der versicherten natürlichen Personen	Geschäftsjahr	Vorjahr
Krankheitskostenvollversicherungen	249.023	244.574
Krankentagegeldversicherungen	162.406	159.759
Krankenhaustagegeldversicherungen	111.392	114.537
Krankheitskostenteilversicherung	1.084.455	1.071.165
ergänzende Pflegezusatzversicherung	27.268	26.159
geförderte Pflegevorsorgeversicherung	13.802	13.762
Pflegepflichtversicherung (PPV)	263.962	259.634
Gesamt	1.491.463	1.473.224

Bei der Identifikation einer vollversicherten natürlichen Person wurden die versicherten stationären Regelleistungen vorausgesetzt.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	174.141.144,34	166.232.020,17
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	19.228.172,58	18.381.308,04
3. Löhne und Gehälter	73.141.445,39	69.093.079,99
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	12.621.999,75	11.894.329,05
5. Aufwendungen für Altersversorgung	2.120.813,96	2.343.674,23
6. Aufwendungen insgesamt	<u>281.253.576,02</u>	<u>267.944.411,48</u>

Durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer

Mitarbeiter im Innendienst	1.235	1.192
Mitarbeiter im Außendienst	60	56
	<u>1.295</u>	<u>1.248</u>

Firma

Sitz der HanseMerkur Krankenversicherung AG ist Hamburg. Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg, Abteilung B, unter der Nr. 101967 eingetragen.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen bestehen zum 31.12.2017 in Höhe von 3.441.964,09 (Vj. 2.623.681,41 EUR). Davon entfallen 1.977.474,12 EUR (Vj. 1.977.474,12 EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats betragen 210.000,00 EUR. Die Mitglieder des Vorstands erhalten keine Bezüge.

Ein Verzeichnis der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands unserer Gesellschaft befindet sich auf Seite 2 dieses Geschäftsberichtes.

Konzernzugehörigkeit

Zum 31. Dezember 2017 wird von der HanseMerkur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg, ein Konzernabschluss und -lagebericht erstellt, in den die HanseMerkur Krankenversicherung AG, Hamburg, einbezogen wird. Der Konzernabschluss und -lagebericht wird beim Bundesanzeiger eingereicht und dort offen gelegt.

Dieser hat befreiende Wirkung für die eigene Konzernrechnungslegungspflicht der HanseMerkur Krankenversicherung AG, Hamburg.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im Konzernabschluss der HanseMerkur Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit, Hamburg.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Ablauf des Geschäftsjahres sind keine gemäß § 285 Nr. 33 HGB berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres wie folgt zu verwenden:

	Geschäftsjahr	Vorjahr
Jahresüberschuss	33.000.000,00	26.000.000,00
Einstellungen in die Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	2.000.000,00	2.000.000,00
Bilanzgewinn	31.000.000,00	24.000.000,00
Einstellung in die Gewinnrücklage aus dem Bilanzgewinn	0,00	0,00
Ausschüttung einer Dividende	31.000.000,00	24.000.000,00

Hamburg, den 28. Februar 2018

Der Vorstand



Sautter



Bussert



Ehses



Dr. Gent



Mildner

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HanseMercur Krankenversicherung AG, Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HanseMercur Krankenversicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die im Lagebericht im Abschnitt Zielgröße für den Frauenanteil in Führungspositionen enthalten ist („Ergänzende Angaben“), haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Zeitwertermittlung und Bewertung der Sonstigen Ausleihungen

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir im Einzelnen auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft auf den Seiten 19 und 24. Risikoangaben sind im Lagebericht auf den Seiten 12 und 13 enthalten.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der HanseMercur Krankenversicherung AG zum 31. Dezember 2017 werden Sonstige Ausleihungen in Höhe von EUR 2.118 Mio ausgewiesen, die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen und Darlehen betreffen und für die keine notierten Marktpreise vorliegen. Die Sonstigen Ausleihungen machen damit 37,4 % der Bilanzsumme aus und haben somit einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Da bei diesen Sonstigen Ausleihungen kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, muss der Zeitwert anhand alternativer Bewertungsverfahren ermittelt werden. Diese Verfahren basieren auf marktgestützten, gegebenenfalls durch Zu- und Abschläge korrigierten, oder auf geschätzten Inputfaktoren.

Da die alternativen Bewertungsverfahren einen hohen Grad an Komplexität aufweisen und nicht unwesentlich von Einschätzungen und Beurteilungen der Gesellschaft abhängig sind, besteht das grundsätzliche Risiko, dass das Bewertungsverfahren nicht sachgerecht bzw. fehlerhaft ist und zu falschen Zeitwerten führt. Für die Bilanzierung der Sonstigen Ausleihungen im Jahresabschluss ergibt sich daraus das Risiko, dass eine voraussichtlich dauernde Wertminderung nicht erkannt wird und eine Abschreibung daher unterbleibt bzw. bei einer Wertaufholung eine Zuschreibung unterbleibt.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfung der Sonstigen Ausleihungen haben wir unter Berücksichtigung der vorgenannten Risiken im Wesentlichen wie folgt durchgeführt:

- Wir haben den Prozess der Erhebung von Marktdaten in das Bestandsführungssystem für Kapitalanlagen sowie die Ermittlung der Inputfaktoren für Bewertungsmodelle geprüft.
- Wir haben weiterhin die Angemessenheit der verwendeten Bewertungsmodelle in Bezug auf ihre finanzmathematische Eignung beurteilt. Unter Einbezug unserer Kapitalanlagespezialisten haben wir die Systematik der Parametrisierung gewürdigt. Die verwendeten Parameter haben wir mit aus beobachtbaren Marktdaten abgeleiteten Werten und internem Benchmarking verglichen.
- Wir haben anhand der im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Informationen beurteilt, bei welchen Sonstigen Ausleihungen Anhaltspunkte für einen Abschreibungsbedarf bestehen.
- Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit des verwendeten Bewertungsmodells haben wir die Berechnungen der Gesellschaft in Stichprobe nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Methoden sowie die zugrunde liegenden Annahmen zur Ermittlung der Zeitwerte der Sonstigen Ausleihungen sind angemessen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Die Bewertung der Deckungsrückstellung

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft auf den Seiten 20, 27 und 30. Risikoangaben sind im Lagebericht auf den Seiten 12 bis 13 enthalten.

Das Risiko für den Abschluss

Die Deckungsrückstellung beträgt EUR 4.487 Mio brutto und macht 79,3 % der Bilanzsumme aus..

Die Deckungsrückstellung ergibt sich grundsätzlich als Summe der einzelvertraglich ermittelten Alterungsrückstellungen. Die Alterungsrückstellungen der einzelnen Versicherungen werden tarifabhängig aus einer Vielzahl von maschinellen und manuellen Berechnungsschritten ermittelt.

Die Deckungsrückstellung setzt sich zusammen aus der tariflichen Alterungsrückstellung, den angesammelten Mitteln aus der Direktgutschrift gemäß §150 VAG und der Rückstellung für den gesetzlichen Zuschlag gemäß §140 VAG.

Dabei sind neben den handelsrechtlichen auch aufsichtsrechtliche Vorschriften zu beachten. Insbesondere sind der Berechnung der Alterungsrückstellungen zwingend dieselben Annahmen zugrunde zu legen, die auch bei der Prämienberechnung verwendet wurden. Die Höhe der Alterungsrückstellungen wird dabei wesentlich durch die Annahmen zu den rechnungsmäßigen Kopfschäden (durchschnittliche Schadenleistungen pro Person pro Jahr) sowie den Annahmen zum Zins, zu Storno und Sterblichkeit bestimmt. Bei den rechnungsmäßigen Kopfschäden ist insbesondere die Veränderung mit wachsendem Alter der versicherten Person zu berücksichtigen. Änderungen von Annahmen im Rahmen von Beitragsanpassungen dürfen grundsätzlich erst nach Zustimmung durch den unabhängigen Treuhänder umgesetzt werden.

Das Risiko für den Abschluss besteht darin, dass aufgrund der hohen Komplexität bei der Berechnung die Alterungsrückstellungen nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe gebildet werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Deckungsrückstellung haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir prüfen, ob die Versicherungsverträge in den Bestandsführungssystemen vollständig in die Deckungsrückstellung eingeflossen sind. Hierbei stützen wir uns auf die von der Gesellschaft eingerichteten Kontrollen, und prüfen, ob sie von ihrer Funktionsweise geeignet sind und durchgeführt werden. Dabei prüfen wir im Rahmen von Abstimmungen zwischen dem Bestandsführungssystem und dem Inkassosystem, ob die Verfahren zur Übertragung der Werte fehlerfrei arbeiten. Besonderen Fokus legen wir dabei auf Kontrollen, die sicherstellen, dass neue Tarife richtig erfasst werden bzw. Annahmeänderungen richtig in den Systemen umgesetzt werden.
- Zur Prüfung, dass die einzelvertraglichen tariflichen Alterungsrückstellungen entsprechend den Festlegungen der sogenannten Technischen Berechnungsgrundlagen vorgenommen wurden, haben wir für einen Teilbestand die Alterungsrückstellungen mit eigenen EDV-Programmen berechnet und die Ergebnisse mit den von der Gesellschaft ermittelten Werten verglichen. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch, dass die zur Ermittlung der Alterungsrückstellungen verwendeten Annahmen (Rechnungszins, rechnungsmäßige Kopfschäden, Sterbe- und Stornotafeln) mit denen der Prämienkalkulation übereinstimmen.
- Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen zu den im Geschäftsjahr durchgeführten Beitragsanpassungen überzeugen wir uns davon, dass der unabhängige Treuhänder den vorgenommenen Änderungen zugestimmt hat. Im Falle von Änderungen des Rechnungszinses würdigen wir, dass der verwendete Rechnungszins im Einklang mit der Ermittlung des Aktuariellen Unternehmenszinses (AUZ) steht. Zur Sicherstellung der korrekten Umsetzung der vom unabhängigen Treuhänder genehmigten Beitragsanpassung rechnen wir für Einzelfälle die korrekte Anwendung der neuen Rechnungsgrundlagen nach. Darüber hinaus haben wir die Ermittlung der Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen nachvollzogen.

- Wir separieren aus der Gesamtveränderung der Deckungsrückstellung bekannte Effekte wie Limitierungsmittel aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen, Direktgutschriften, rechnermäßige Zinsen und Zillmerbeiträge und analysieren die restliche Veränderung (sog. „bereinigte Veränderung“) im Zeitablauf.
- Ausgehend von der Nettoverzinsung haben wir die Ermittlung der Direktgutschrift nach § 150 Abs. 1 und 2 VAG nachvollzogen und die entsprechende Zuschreibung zur Deckungsrückstellung abgestimmt.
- Wir prüfen die voraussichtliche Einhaltung der Mindestzuführung zur RfB gemäß KVAV für das Geschäftsjahr sowie die Einhaltung im Vorjahr.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der wesentlichen Annahmen. Dabei stützen wir uns auch auf die von der Gesellschaft vorgenommene Gewinnerlegung der Vorjahre.

Unsere Schlussfolgerungen

Die Bewertung der Deckungsrückstellung steht im Einklang mit den handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Festlegungen in den Technischen Berechnungsgrundlagen wurden zutreffend angewandt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung (Frauenquote), die im Abschnitt „Ergänzende Angaben“ im Lagebericht enthalten ist und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 27. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 14. Juli 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 als Abschlussprüfer der HanseMercur Krankenversicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

Im steuerlichen Bereich haben wir neben der Erstellung der Steuererklärungen Beratungen zu Einzelsachverhalten aus der Geschäftstätigkeit des Unternehmens vorgenommen. Daneben haben wir freiwillige Jahresabschlussprüfungen durchgeführt und Schulungs- und allgemeine Beratungsleistungen zu regulatorischen Fragestellungen erbracht.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Clemens Jungsthöfel.

Hamburg, den 4. April 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jungsthöfel
Wirtschaftsprüfer

Lilje
Wirtschaftsprüfer

